

# AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [info@apb-tutzing.de](mailto:info@apb-tutzing.de)



4 / 2010

## Angst vor Bespitzelung



Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger sprach über die aktuelle Gesetzgebung zum Arbeitnehmerdatenschutz

Digitalisierung, Datenaustausch und globale Vernetzung bewirken große Gestaltungsmöglichkeiten – und fordern unser Verständnis von Würde, Freiheit und Privatheit heraus. Datenschutzexperten diskutierten mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (links) und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann über die neuen Herausforderungen beim Datenschutz.

Siehe Seite 3



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: globalen Netzgiganten Grenzen aufzeigen

Fotos: Grümann

Verdienstkreuz für Oberreuter

Im Kuppelsaal der Staatskanzlei erhielt Akademiedirektor Heinrich Oberreuter aus den Händen von Ministerpräsident Horst Seehofer das Verdienstkreuz Erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland.

Siehe Seite 15

## 20 Jahre Deutsche Einheit

Sind die Einstellungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschen ein Problem für die Demokratie? Die immer noch erkennbaren Spuren der deutschen Teilung wurden auf einer Fachtagung kontrovers diskutiert. Experten zogen Bilanz der politisch-kulturellen Entwicklung zum zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit.

Siehe Seite 18

## Live aus der Akademie direkt ins Netz



Das gab es noch nie bei den Tutzinger Radiotagen: Moderator Daniel Fiene (vorne rechts) von Antenne Düsseldorf wagte eine Live-Schaltung aus der Akademie direkt ins Internet.

Zum siebten Mal trafen sich über 60 Hörfunkjournalisten aus ganz Deutschland und entwickelten Zukunftsperspektiven für das alte Medium Radio in der digitalen Welt. Sie glauben an die Zukunft des Radios – auch in einer multimedialen Welt. Und sie glauben an die Zukunft des Worts im Radio – denn Musik allein ist schließlich überall im Netz zu haben.

Siehe Seite 7

Foto: Korte

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Gegen Bespitzelungen</b>	3
<b>Datensammeldrang begrenzen</b>	4
<b>Digitalisierung des Alltags – Kommerzialisierung der Privatsphäre</b>	5
<i>Tutzinger Radiotage:</i> <b>Visionen für ein altes Medium</b>	7
<b>Wegweiser im Informationslabyrinth</b>	9
<b>Zwischen Medienkrise und Bologna-Prozess</b>	12
<b>Wie bürgerlich ist Europa?</b>	14
<b>„Hohe demokratische Verantwortung“</b>	15
<b>„Exzesse der Marktwirtschaft vermeiden“</b>	16
<b>20 Jahre Deutsche Einheit</b>	18
<b>Formierungsphase der Akademie mitgestaltet</b>	20
<b>Menschenwürde all inclusive</b>	21
<b>Audimax: Der Rohbau steht</b>	23
<b>Ende des Wirrwars</b>	24
<b>Asiatische Länder unter der Lupe</b>	26
<b>Zensur als Exportschlager</b>	27
<b>Statt Peking nach Tutzing</b>	29
<b>„Wissen, was ‚drüben‘ ist“</b>	30
<b>Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen</b>	31
<b>Pressespiegel</b>	34
<b>Themen – Tagungen – Termine</b>	40
<b>Namen und Nachrichten</b>	44

*Direktor der Akademie:*  
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

*Vorsitzender des Kuratoriums:*  
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

*Vorsitzender des Beirats:*  
K. Heinz **Eisfeld**

*Kollegium:*  
Dr. Saskia **Hieber**, M.A.  
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**  
Pers. Referent des Direktors  
Europäische Integration  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent  
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Stefan **Köpli**, M.A.  
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**  
Ethische und theoretische  
Grundlagen der Politik

*Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*  
*Online-Redaktion:*  
**Sebastian Haas**

*Organisationsreferat:*  
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

## Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1 82327 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>  
E-Mail: [K.Sittkus@apb-tutzing.de](mailto:K.Sittkus@apb-tutzing.de)

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter  
(verantw.)

Dr. Michael Schröder  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:  
Dinauer GmbH  
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim  
Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

# Gegen Bespitzelungen

Ein neues Gesetz soll Datenschutzskandale in Betrieben künftig verhindern

**A**bhören, Videoüberwachungen, Mail-Kontrollen: Datenschutzskandale in Betrieben häufen sich. Ein neues Gesetz soll klare Regeln bringen. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erläuterte ihre Position und stellte den damaligen Verhandlungsstand über den mittlerweile im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Regierungsentwurf vor.

Beim Datenschutz in Betrieben fehlt es an Rechtssicherheit. Jetzt soll er umfassend geregelt werden. So steht es zumindest im Koalitionsvertrag. Derzeit werden innerhalb der Regierung durchaus umstrittene Gesetzentwürfe aus dem Innenministerium intensiv diskutiert. Jedoch gibt es „im Geflecht von Interessen, Grundrechtsanforderungen und berechtigten Anliegen“ keine einfachen Antworten, so Leutheusser-Schnarrenberger. Sie betonte die notwendige Orientierung an den Grundrechten: „Die Grundrechte strahlen auf den Arbeitsvertrag aus. Den Datenschutzgrundrechten der Beschäftigten stehen dabei die Grundrechte der Arbeitgeber gegenüber, wie die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit, die Berufsfreiheit und die Eigentumsgarantie. Die Kunst des Gesetzgebers besteht darin, dieses Spannungsfeld aufzulösen“.

## Datensparsamkeit

Dazu präsentierte die Ministerin ihre Grundposition: Der Grundsatz der Datensparsamkeit müsse absolut maßgeblich sein: „Es sollten so wenig Daten über die Beschäftigten erhoben werden wie möglich“, sagte sie. Außerdem dürften im Sinne einer konkreten Zweckbindung „Informationen nur erhoben werden, soweit sie auch mit der konkreten Tätigkeit des Beschäftigten zu tun haben“. Die Nutzung der Daten brauche zudem den Vorwurf konkreter Tatbestände. Vage Klauseln, die nur von einer Seite, zum Beispiel vom Arbeitgeber, definiert werden, würden nicht ausreichen. Dabei sollten die Regelungen abgestuft werden: „Je vager der Verdacht auf eine Regel-

verletzung im Unternehmen ist, desto geringere Eingriffe können auch nur zugelassen werden.“ Kernbereiche, in denen keinerlei Überwachung erlaubt sei, müssten besonders geschützt wer-



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Eindruck von ständiger Kontrolle verhindern

Foto: Grümann

den, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. Dazu gehörten Umkleide-, Schlaf- und Toilettenräume.

## Kein gläserner Patient

Die Anwendung dieser Grundsätze auf konkrete Probleme bedeute zum Beispiel: „Der Arbeitnehmer darf nicht zum gläsernen Patienten werden“. Gesundheitstests dürften nicht umfassend durchgeführt werden, sondern nur, sofern es um die Eignung für eine konkrete Tätigkeit geht. Auch für die Informationsmöglichkeiten eines Personalchefs im Internet über Bewerber müsse es Regeln geben: „Wer sich im Internet in einen geschützten Raum begibt, muss

sicher sein, dass die Daten dort bleiben“. Allgemein zugängliche Daten dürfen genutzt werden, die Grenze sei jedoch überschritten, wenn sich ein Personalchef in ein soziales Netzwerk einschleicht, um zu schauen, „was der Bewerber bei Facebook so treibt“.

Was ist dem Arbeitgeber erlaubt, um Straftaten oder die Verletzung von unternehmensinternen Pflichten, wie etwa Korruption, aufzuklären? Die Abwägung von Grundrechten ergibt: Beschäftigtendaten sind umso schutzwürdiger, je schwächer und vager der Verdacht auf Verstöße ist. „Die Datenerhebung muss grundsätzlich offen beim Beschäftigten erfolgen.“ Nur in Ausnahmefällen und bei Erfüllung konkreter Tatbestände könnte eine heimliche Überwachung in Betracht kommen.

## Strenge Voraussetzungen

Sogenannte Massenscreenings, wie sie etwa bei der Bundesbahn durchgeführt worden sind, müssten an strenge Voraussetzungen geknüpft werden: „Nach dem jetzigen Stand soll es ein Stufenkonzept geben“, sagte die Ministerin. Danach können ohne konkreten Verdacht Datenabgleiche nur in anonymisierter oder pseudonomisierter Form durchgeführt werden. Erst bei konkretem Verdacht können Daten in einer zweiten Stufe personalisiert werden.

Darf ein Unternehmen etwa einen Detektiv einfach losschicken, um zu gucken, was sich unter den Beschäftigten einer Supermarktkette alles so abspielt? Bei solch einer heimlichen Datenbeschaffung, so Leutheusser-Schnarrenberger, müssen die Hürden besonders hoch liegen, zumal es um Eingriffe in Persönlichkeitsrechte geht. Gemäß der für das Gesetz geplanten „Detektivklausel“ müssen dafür tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen,

die einen Verdacht gegen einen konkreten Beschäftigten begründen. Es müsse dabei um eine schwere Pflichtverletzung gehen, die den Arbeitgeber zur fristlosen Kündigung berechtigen würde. Heimliche Überwachungen kämen nur als ultima ratio in Betracht und auch nicht präventiv, sondern lediglich zur Aufklärung von möglichen Verstößen.

Ein weiterer kontroverser Punkt, den das Gesetz regeln soll, ist die Kontrolle von Arbeitnehmertelefonaten. Bei beruflichen Gesprächen könne der

Arbeitgeber unter bestimmten Voraussetzungen Zugriff auf die Verbindungsdaten bekommen. Noch sensibler ist es jedoch, so Leutheusser-Schnarrenberger, wenn es um den Zugriff auf Gesprächsinhalte geht. Selbst wenn das Telefonieren, wie bei Call-Centern, Hauptgegenstand des Arbeitsvertrages ist, müsse alles dafür getan werden, den „Eindruck von ständiger Kontrolle“ und „permanentem Überwachungsdruck“ unter allen Umständen zu verhindern; bei Call-Centern etwa durch angekündigte Stichproben.

Leutheusser-Schnarrenberger plädierte dafür, die in dem Gesetz enthaltenen Regelungen in gewissem Umfang unabdingbar zu stellen. Diesbezüglich sollten etwa durch Betriebsvereinbarungen keine Sonderregelungen geschaffen werden können. Manchmal werden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer „Pakete geschnürt, wie das ja auch in der Politik so ist, und das schöne Gesetz wäre dann nur noch für begrenzte Bereiche anwendbar“, so die Bundesjustizministerin. ■

Gero Kellermann

(Siehe Pressestimme Seite 35)

## Datensammeldrang begrenzen

**I**n der digitalen Welt interessieren sich viele für unsere Daten: der Staat, die Wirtschaft, Internetanbieter. Doch wo liegen die Grenzen der Datensammelwut? Darüber diskutierten der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und der rechtspolitische Sprecher der Grünen, der Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag.

„Innenpolitik umfasst beides: Sicherheit zu gewährleisten und den Datenschutz und damit die Freiheitsrechte bestmöglich zu wahren“. Das ist der Ausgangspunkt des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann. Die Online-Durchsuchung, Video- und Kennzeichenüberwachung würden bei vielen Bürgern Befürchtungen wecken, aber „es gibt keine wirkliche Freiheit ohne Sicherheit“, so Herrmann. Angesichts der Terrorgefahr sei es unerlässlich, dass Sicherheitsbehörden in Extremfällen auch auf Computer möglicher Terroristen zugreifen können. „In Bayern haben wir das im letzten Jahr kein einziges Mal in Anspruch nehmen müssen“, sagte Herrmann.

### Klare Rechtsgrundlage schaffen

Hinsichtlich der Vorratsdatenspeicherung appellierte Herrmann an den Bundesgesetzgeber, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine klare Rechtsgrundlage zu schaffen. Nach diesem Urteil ist die Vorratsdatenspeicherung dann gestattet, wenn es um



Innenminister Joachim Herrmann:  
globalen Netzgiganten Grenzen  
aufzeigen

Fotos: Grumann

eine konkrete Gefahr etwa für Leib, Leben oder Freiheit einer Person, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes geht. „Graue bei der Terrorismusbekämpfung können wir auf diese Daten nicht verzichten“, sagte Herrmann. Auch könnte es zum Beispiel helfen, vermisste

Personen mit Hilfe gespeicherter Handysignale im Gebirge zu orten. Aber: „Bei der jetzigen Rechtslage ist das ein Glücksfall“, betonte Herrmann. Viele Telekommunikationsunternehmen seien hinsichtlich der Speicherung der Daten verunsichert.

### Sammeldrang Grenzen setzen

Herrmann äußerte sich auch zu Datensammlungen durch Privatunternehmen. Viele Bürger würden sich die Frage stellen: „Wer beaufsichtigt denn zum Beispiel Google?“. Man könne davon ausgehen: Ein Unternehmen wie Google hat heute schon weitaus mehr Daten auch über Menschen in Bayern gespeichert als alle bayerischen Behörden zusammen. „Wir dürfen nicht davor zurückscheuen, den globalen Netzgiganten der heutigen Zeit mit ihrem Datensammeldrang Grenzen aufzuzeigen“, sagte Herrmann. Auch für den Arbeitnehmerdatenschutz müsse eine Lösung gefunden werden. Der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers ginge dabei in jedem Fall in die richtige Richtung, so der Innenminister.

„Natürlich hat der Staat die Pflicht, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten“, unterstrich der rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Jerzy Montag.

## Internet kein bürgerrechtsfreier Raum

„Der moderne Staat ist erfunden worden, um für Sicherheit zu sorgen, damit wir unsere Freiheit leben können“. Er braucht dazu auch moderne Instrumente, aber das muss in einer verfassungsmäßigen Art und Weise geschehen. „Wir müssen uns einigen, welches Maß an Unsicherheit wir ertragen oder hinnehmen wollen“, sagte Montag. So dürfte das Internet kein rechtsfreier Raum bleiben, aber auch kein bürgerrechtsfreier Raum.

Es habe zwar schon immer Daten über Identität, Mobilitäts-, Kon-



*Jerzy Montag: Grundrechte für die Welt von heute ins Grundgesetz nehmen*

sum- und Kommunikationsverhalten gegeben. Das Neue sei: Die Daten sind nunmehr technisch verarbeitbar, beliebig kombinierbar und in Beziehung zu setzen. „Wir leben in einer Welt und einem Staat, in der von uns allen in Computern Dateien vorhanden sind, die es technisch ermöglichen, dass wir total, in all unseren Lebensäußerungen erfasst werden“. Beim Thema Datenschutz dürften Staat, Wirtschaft und soziale Netzwerke nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern alle als Problem erkannt werden.

Montag setzte sich für eine Grundgesetzesänderung ein: „Die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten nicht den blassensten

Schimmer, was im Jahre 2010 Probleme der digitalen Welt sind“, sagte Montag. Das Bundesverfassungsgericht habe den Freiheitsbereich des Bürgers gegenüber dem Staat gestärkt, etwa durch das Grundrecht auf informative Selbstbestimmung und das neue Grundrecht auf Gewährung von Vertraulichkeit und Integrität informatonstechnischer Systeme. Diese Grundrechte habe das Gericht aus den in den Jahren 1948/49 niedergelegten Grundrechten durch Interpretation ziseliert. „Ich möchte, dass diese modernen Zukunftsgrundrechte endlich in die Verfassung reingeschrieben werden“, appellierte Montag. Dies wäre mal eine Verfassungsänderung, die Grundrechte nicht beschneidet und begrenzt, sondern Grundrechte für die Welt von heute verbalisiert, sagte der Rechtspolitiker. ■

Gero Kellermann

(Siehe Presseschau Seite 34)

## Digitalisierung des Alltags – Kommerzialisierung der Privatsphäre

### Rechts- und Datenschutz im Internet

**Digitalisierung, Datenaustausch und globale Vernetzung bewirken große Gestaltungsmöglichkeiten – und fordern unser Verständnis von Würde, Freiheit und Privatheit heraus. Datenschutzexperten diskutierten über die neuen Herausforderungen.**

Das Internet bedeutet einen Distanzverlust zu Lasten des Privaten – gleichzeitig aber auch Raumgewinn zu Gunsten des Privaten. So lautet der Befund des Passauer Rechtsprofessors und Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes Dirk Heckmann. Insbesondere die sozialen Netzwerke des Internets würden eine „öffentliche Privatheit“ begründen: Jeder könne persönliche Angaben mit einer großen

Streubreite ins Netz stellen. Pointiert könnte man hierüber sagen: „Exhibitionismus trifft auf Voyeurismus“. Diesem Distanzverlust des Privaten stehen laut Heckmann aber auch Raumgewinne gegenüber: Das Internet könne zum Beispiel Benachteiligte zusammenbringen und für mehr Transparenz in verschiedenen Bereichen sorgen (etwa durch „open data“ und „open government“).

Heckmann stellte Eckpunkte einer die Freiheit schützenden Infrastruktur des Internets vor: Das Recht müsse auch im Internet seinen Geltungsanspruch entfalten und es müssten angemessene rechtliche Regulierungen der Internetnutzung gefunden werden, die zudem ein Stück erzieherisch sein sollten. Eine entsprechende Technikgestaltung könne präventive Funktionen erfüllen. In jedem Fall ginge es um

„Rechtsschutz im Internet, nicht gegen das Internet“, so der Jurist.

Dem sich ausweitenden Verbraucherdatenschutz widmete sich der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Rheinland-Pfalz Edgar Wagner. Der Verbraucherdatenschutz sei in den vergangenen drei bis vier Jahren insbesondere von den Verbraucherzentralen entdeckt worden. Dazu habe die Digitalisierung unseres Alltags geführt, die Kommerzialisierung der Privatsphäre und die mangelhafte Sicherheit der von der Privatwirtschaft gespeicherten Verbraucherdaten. Die persönlichen Daten hätten sich zur „Leitwährung“ im digitalen Wirtschaftskreislauf entwickelt. Dies führe zu Herausforderungen im on- und auch im offline-Bereich. Wagners Beispiele reichten von Google Street View über Facebook bis zu

den Kundenkarten: Marktführer ist Payback mit fast 45 Millionen Karten. Um Vertrauen in der hochkomplexen digitalen Gesellschaft herzustellen, genügten Hochglanzbroschüren oder unverbindliche Zusicherungen nicht. „Notwendig sind vielmehr substanzelle Maßnahmen zur Stärkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts“, sagte der Datenschützer.

## Kultur des (Nicht-) Wissens

Der Datenschutz wird auch in der Gentechnik immer mehr zum Thema. Probleme stellen sich etwa im Bereich von Gentests. Die Münchner Rechtsprofessorin Marie-Theres Tinnefeld sprach von der „Janusköpfigkeit genetischer Erkenntnisse“. Einerseits könne die Kenntnis der eigenen genetischen Anlage wertvoll sein, andererseits könne es aber auch entlastend sein, etwas nicht wissen zu müssen. Tinnefeld plädierte für eine „Kultur des (Nicht-) Wissens“, die durch angemessene Rechtsnormen zumindest kanalisiert werden könne. Verlässliche Orientierung könne geschaffen werden durch Bildung und Datenschutz, Aufklärung und Gesundheitserziehung.

Generalstaatsanwalt Christoph Strötz aus München widmete sich einem weiteren brisanten Problemfeld des Datenschutzes: „Strafverfolgung und Datenschutz stehen zueinander in einem Spannungsverhältnis“, so der Jurist. Aufgabe einer verantwortungsvollen Strafrechts-politik sei es, dieses Spannungsfeld gemeinwohlverträglich zu lösen – auch in Zeiten terroristischer Bedrohungen.

Die Möglichkeiten der weltweiten Kommunikation böten eben auch das Risiko des Missbrauchs durch Kriminelle und Terroristen. Strötz plädierte dabei für eine ausgewogene Arbeitsanpassung der Arbeitsgrundlagen der Staatsanwalt-schaft. Der Bürger könne seine

Freiheitsrechte nur wahrnehmen, wenn ihm der Staat Sicherheit garantiere. Das Gewaltmonopol des Staates als konkrete Ausprägung der Friedensordnung des Grundgesetzes setze eine effektive Strafverfolgung voraus, sagte Strötz. Freiheit heiße für den Bürger aber auch, in seiner Freiheitswahrneh-



*Christoph Strötz: „Freiheit heißt, nicht total erfasst zu werden“*



*Thomas Petri: Datenschutzaufsicht in einer Hand Fotos: Grumann*

mung nicht total erfasst zu werden, sich also informationell selbst bestimmen zu können. Das gemeinsame Gespräch sei wichtig: „So wie wir Staatsanwälte darauf vertrauen, dass uns der Gesetzgeber das notwenige Instrumentarium für unsere Arbeit zur Verfügung stellt, so können und sollen Sie darauf vertrauen, dass wir damit verantwortungsvoll umgehen“, sagte der Generalstaatsanwalt zum Publikum.

## Datenschutz unter einem Dach

„Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichte Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“ Mit diesem Zitat aus dem berühmten Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts wies der bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri auf eines der zentralen Datenschutzrechte hin. Bei Konfliktfällen fungieren in Bayern als neutrale Schiedsstelle der Landesbeauftragte für den Datenschutz (für den öffentlichen Bereich) und das Landesamt für Datenschutzaufsicht in Ansbach (für den privaten Bereich). Die Unabhängigkeit dieser beiden Institutionen ist zentrale Voraussetzung für die Akzeptanz von Bürgern und den Stellen, die Daten speichern.

Der Europäische Gerichtshof hat nun überraschend entschieden, dass in Deutschland keine dieser Stellen unabhängig ist, insbesondere da Fach- und Rechtsaufsicht durch andere staatliche Behörden unzulässig sei. Für die notwendigen Reformen in Deutschland sieht Petri zwei Varianten: Man könne beide Behörden nebeneinander bestehen lassen und die Datenschutzaufsichtsbehörde in Ansbach mit Unabhängigkeit ausstatten (der Datenschutzbeauftragte ist es qua Verfassung) oder aber beide Stellen zusammenlegen.

Zweckmäßig erscheint Petri, die Datenschutzaufsicht in einer Hand zusammenzufassen. Dies könnte auch das Vertrauen in den Datenschutz stärken. ■

*Gero Kellermann*

*(Siehe Presseschau Seite 36)*



*Zeichnung: Liebermann*

## Visionen für ein altes Medium

Zukunftsperspektiven des Hörfunks in der digitalen Welt

**„Radio ist wie eine Wohngemeinschaft. Wer dort den ganzen Tag nur Musik hört, ist langweilig. Die emotionale Bindung funktioniert über Wort und Gespräch“, sagt Aneta Adamek. Sie ist stellvertretende Programmchefin bei Fritz, dem Jugendprogramm vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Und sie glaubt an die Zukunft des Radios – auch in einer multimedialen Welt. Und sie glaubt an die Zukunft des Worts im Radio. Diesen Glauben teilt sie mit 60 anderen Hörfunkjournalisten aus ganz Deutschland, die sich zum siebten Mal zu den „Tutzinger Radiotagen“ trafen\*.**

**A**damek ist überzeugt: „Musik bleibt natürlich im Programm, aber das Wort erfährt eine Aufwertung: Es unterhält, informiert, gibt Orientierung: „Radio muss wie ein Freund sein, mit dem man was erleben will“, sagt die Berliner Radiojournalistin. Dazu müssten die Beiträge originell und überraschend anders sein. „Es braucht den besonderen Dreh und Blickwinkel.“ Die Berichte müssten auf Augenhöhe stattfinden – nicht über die Hörer, sondern mit ihnen solle das Programm gestaltet werden. Das Radio müsse besondere und exklusive Hörerlebnisse verschaffen. So fordere ihre Redaktion das Hörspiel und traue sich auch wieder, fünf bis sechs Minuten lange Features zu senden.

### Auf vielen Kanälen unterwegs

Sich und sein Programm jeden Tag neu erfinden – das will auch Richard Gutjahr. Und dies rät er auch den anwesenden Radiomachern. Er selbst ist multimedial auf vielen Kanälen und Verbreitungswegen unterwegs: als Nachrichtenmoderator im Bayerischen Fernsehen, als Kolumnist in Tageszeitungen und online im Internet als Blogger. Twitter und Facebook sind für ihn kei-

ne Fremdwörter, sondern Herausforderungen für den klassischen Journalismus. Das Radio von heute ist für ihn ein Auslaufmodell: „Löst Euch von den



Aneta Adamek: „Radio muss sein wie ein guter Freund“

Fotos: Menzel / Korte / Schröder

bekannten Plattformen“, ist sein Ratsschlag. So wie der Herausgeber der New York Times es erkannt hat: „Wir sind keine Zeitungsfirma mehr, sondern eine Nachrichtenfirma. Oder wie der Nachrichtenchef der BBC seinen Leuten rät: „Macht mit bei neuen Medien und Plattformen – aufhalten könnt Ihr die Bewegung nicht.“

Für Gutjahr ist Stillstand keine Option. Mobile Mediennutzung an jedem Ort und zu jeder Zeit hält er für den Trend der nächsten zehn Jahre – einschließlich Video. Die Programmarcher müssten neue Allianzen mit dem Publikum bilden und Gemeinschaften organisieren, um ihr Medium Radio in



Richard Gutjahr: „Stillstand ist keine Option“

die Zukunft zu retten. Er hält das 100 Jahre alte Riepl'sche Gesetz, wonach neue Medien die alten nicht verdrängen, für falsch und überholt. Es gebe sehr wohl verschwundene Medien: die Schallplatte, die Schreibmaschine, das Tonband. Gutjahr warnt die Journalisten: „Es gibt keine Refugien mehr!“

### Digitaler Ausbau

Radio lässt sich auch für Helwin Lesch, Hauptabteilungsleiter in der Technischen Direktion des Bayerischen Rundfunks (BR), neu entwickeln. Er sagt: „Radio kann sich digital neu etablieren – als Begleiter, Ratgeber und Serviceprogramm.“ Es müsse eine qualitative und quantitative

\* in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Projektteam Hörfunk.

Mehr dazu auf [www.hoerfunker.de](http://www.hoerfunker.de) und <http://ingeseibel.de>

Weiterentwicklung geben, denn: „Das Radio kann und darf nicht der letzte Analog-Dinosaurier in einer digitalen Welt sein.“ Dabei setzt der BR auf DABplus, den Ausbau eines digitalen Hörfunknetzes, das in den nächsten Jahren den traditionellen Empfang über die UKW-Antenne ablösen soll.

Dass Auftritte im Netz die Kernkompetenzen des Radios stärken können, davon ist Walter Klingler, Medienforscher beim Südwestrundfunk (SWR) überzeugt. Aber was ist, wenn diese Kernkompetenzen nicht mehr da sind? Zu den Kernkompetenzen des Journalismus gehören Information und Recherche – leider sind in den vergangenen Jahren im Zuge von Sparwellen viele Ressourcen und Personal für Recherche verloren gegangen.

## Reporterpools

Dem stellt sich seit geraumer Zeit der Norddeutsche Rundfunk (NDR) entgegen: Es wurden Reporterpools bei der Nachrichtenwelle NDR Info etabliert. So gelingt es immer wieder, selbst aufgedeckte Themen wie jüngst den Datenschutzskandal bei der Firma easycash auch in überregionalen Medien unterzubringen: „Wenn wir mit unseren Themen in die Tagesschau kommen, ist das das Größte“, sagt Ilka Steinhausen, die für den Reporterpool arbeitet.

Oliver Günther ist beim Hessischen Rundfunk (HR) dagegen ein Ein-

Mann-Betrieb, der sich um Recherche kümmert. Er baute innerhalb der Welle HR Info ein Netzwerk von Reportern auf und stellt sich je nach Thema Expertenteams für aufwändige Projekte zusammen.



*Sabine Schneider: „Das Radio stirbt, wenn es keine Visionen mehr gibt“*

Ein praktisches Beispiel für die Möglichkeiten des Radios im Internetzeitalter demonstrierte während der Tagung Daniel Fiene von Antenne Düsseldorf. Er sendete mit einfachen Mitteln und ohne Übertragungswagen live aus der Akademie. Die Sendung war gleichzeitig über Antenne im Radio zu empfangen und online mit Bild und Ton. Im Internet konnte sie im Chat begleitet und kommentiert werden.

Wie wichtig Moderatoren und ihre Persönlichkeit für die emotionale Bindung des Hörers an einen Sender sind,

zeigte die Runde mit Sabine Schneider (Hit Radio FFH), Patrick Lynen (HR 1) und Daniel Ebert (Radio BOB Kassel). „Die Persönlichkeit bindet – auch wenn sie nervt“, meinte Sabine Schneider und beklagte gleichzeitig den zu hohen Musikanteil in den Sendungen: „Vier Hits am Stück sind für meinen Geschmack zu viel.“

Patrick Lynen sagt: „Nicht alle Themen gehen in einer Minute und dreißig Sekunden. Manchmal braucht man eben fünf und die nehme ich mir dann auch.“



*Patrick Lynen: „Nicht alle Themen gehen in einer Minute und dreißig Sekunden“*

Er fordert mehr Freiheit für die Moderatoren: „Mit zusammengebundenen Beinen kann man kein Tor schießen. Lasst uns mehr Raum für Spontaneität.“

Dagegen freute sich Daniel Ebert vom Privatsender Radio BOB: „Bei uns gibt es keinen, der aufpasst. Die Stelle ist gerade nicht besetzt – Vorteil eines kleinen Ladens.“

Allgemein wurde das Durchstrukturieren und Verplanen der Sendung kritisiert: „Sogar die Pausen fürs Atmen sind vorgesehen.“ Überhaupt sei die Macht der externen Berater zu groß: „Die Zahlen der Media-Analyse sind die Bibel und die Leute lesen nur noch Zahlen.“ So vernichtet sich das Radio am Ende selbst, oder wie es Sabine Schneider ausdrückt: „Das Radio stirbt, wenn es keine Visionen mehr gibt.“ ■

*Michael Schröder*



*Inge Seibel-Müller (vorne Mitte) produzierte mit ihrer Arbeitsgruppe bewegte Bilder fürs online-Radio*

# Wegweiser im Informationslabyrinth

Experten über Umbrüche in der Medienlandschaft

**D**er Journalismus hat seine Monopolstellung und Exklusivität bei der Herstellung von Öffentlichkeit verloren. Im Internet kann jeder Mann und jede Frau schnell, billig und global publizieren. Aber wie sieht der professionelle und qualitätsvolle Journalismus der Zukunft aus? Was kennzeichnet ihn? Wer bezahlt ihn? Und wer kann und will ihn sich noch leisten? Wie müssen Journalisten für diese Zukunft ausgebildet werden? Antwortversuche gab es auf der Tagung „Umbrüche in der Medienlandschaft“.

## Nervöse Info-Kultur

Der Hamburger Journalistikprofessor Stephan Weichert nannte ein Kernproblem der aktuellen Situation des Journalismus in Deutschland: „Der Qualitätsjournalismus hat Finanzierungsprobleme“. Um 16 Prozent sind nach Angaben der Zeitungsverleger die Nettoerlöse im letzten Jahr zurück gegangen. Die „Umsonst-Kultur im Netz“ mache eine gemeinsame Strategie der Verleger nötig, wie mit wertvollen redaktionellen Inhalten Geld verdient werden könne. Weichert sieht einen „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ und eine zunehmend schwindende Aufmerksamkeit für Medien: „Die Info-Kultur wird nervöser und unverbindlicher“, sagte er. Eine Auflösung der „Vierten Gewalt“ dürfe nicht passieren. Wenn die „gesellschaftlichen Frühwarnsysteme“ versagen, leide die Demokratie. Journalismus dürfe nicht kaputt gespart werden. Andererseits müssten die „digitalen Neandertaler“ aber auch das „Dialogprinzip mit den Zielgruppen“ mehr beherzigen und die Nutzer stärker in die Medienproduktion einbinden.

## Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit

Die Kürzungen und Sparsmaßnahmen im Redaktionsetat bringen den Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Hans-Werner Kilz, gelegentlich an die Grenzen des Machbaren: „Wenn wir für unvorhersehbare Ereignisse im

Ausland keine Reisekosten mehr haben, gerät Qualität in Gefahr“, sagte der frühere Spiegel-Chef. „Recherchen brauchen einen ordentlichen Etat.“ Er rechnet aber damit, dass es auch in 10 bis 15 Jahren noch Qualitätszeitungen geben wird: „Aber ob wir die noch auf Papier drucken und jeden Morgen in Briefkästen stecken, ist eine andere Frage.“ Auch er sieht die Erlöse als Pro-



Hans-Werner Kilz: „Wer gute Inhalte liefert, bleibt auch begehrte“

Fotos: Plank / Grundler

blem: „Wir müssen mehr Geld für unsere Inhalte verlangen. Das Internet muss kostenpflichtig werden.“

Er wendet sich gegen den „Zeitgeist der Leichtfertigkeit“ und setzt auf „Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit“. Kilz ist überzeugt: „Wer gute Inhalte liefert, bleibt auch begehrte.“ Und die Archive müssten besser genutzt statt abgeschafft werden.

Glaubwürdigkeit ist auch für Ernst Elitz, den früheren Intendanten des Deutschlandradios, der Kern von Qualität.

## Wahrheitsfanatiker

Es gebe zu viele Ablenkungsmanöver von Seiten der Politik. „Wir müssen Wahrheitsfanatiker sein. Hartes Nachfragen dürfe nicht als Kampagnenjournalismus diffamiert werden, sagte Elitz, der auch Kolumnen für die BILD schreibt. Aus der Zufallskommunikation im Internet müsste durch journalistische Arbeit Verlässlichkeit werden. Denn: „Echtzeit heißt noch nicht Echt-



Ernst Elitz: „Echtzeit heißt noch nicht Echtheit“

heit.“ Journalisten müssten die Materialien im Netz aufgreifen und analysieren. „Sie müssen Leiter und Wegweiser sein durch das Informationslabyrinth.“

Und Unterhaltendes dürfe schon sein, denn: „Die trockene Nachricht war noch nie des Lesers Leibgericht“. Dabei dürfe aber die Marke der analogen Mutter nicht aufs Spiel gesetzt werden. Schließlich sei dauernde Weiterbildung wichtig, damit Journalisten immer auf der Höhe des Wissensstandards ihrer Zeit seien.

Aus- und Weiterbildung war das Stichwort für Karl N. Renner, Journalistikprofessor an der Mainzer Universität.

## Keine „eierlegende Wollmilchsau“

Er beschrieb die nötigen Voraussetzungen für journalistische Qualifikation und Qualität: Fach-, Sach-, Vermittlungs-, Technik- und Organisationskompetenz. Das bedeutet aber keineswegs, dass man die „eierlegende Wollmilchsau“ ausbilden wolle. Er beklagte das zunehmend fehlende Allgemeinwissen der Bewerber und forderte „soziale Orientierung und Haltung“ der Journalisten.

## Konturenlosigkeit

Eben diese Haltung vermisst die Leiterin der Monitor-Redaktion beim WDR, Sonia Mikich. Sie beklagt sogar eine „Scheu vor Haltung“ in den



Sonia Mikich: „Belehrung ist von gestern, aber Haltung ist cool“

Sendern: „Oft ist man dort ergebnisoffen bis zur Konturenlosigkeit“. Als Gegenbeispiel dient ihr die Mannschaft des eigenen Polit-Magazins: „Monitor ist ein moderner Klassiker – wie nahrhaftes Brot. Wir sind kein Sahneschnittchen, aber auch kein Windbeutel“, sagte sie. Belehrung sei von gestern, aber Haltung sei cool: „Die Welt ist nicht in Ordnung, der gesellschaftliche Kitt zerbröselt rasant. Viel zu viele Mitmenschen sind von Glück, von Selbstbestimmung, von Freiheit ausgeschlossen, das mag ich nicht nur abilden“, sagte die Journalistin. Ihre

Antwort auf die Frage nach Qualität lautet: „Sich nicht von der Größe der Aufgaben erschrecken zu lassen.“ Der investigative Journalismus sei eine „masochistische Treue zur Demokratie“ und bestehe aus „grauer Kleinstarbeit“. Die langjährige ARD-Korrespondentin in Moskau und Paris erkennt eine „Erosion von Autorität“ der Journalisten. Stattdessen drängten sich die „Meinungsfrisöre“ aus den PR-Abteilungen auf. Und viele Journalisten seien zu sehr daran interessiert, Teilhaber der politischen Elite zu werden: „Quatschen, kuscheln, coachen.“

## Artikel als Geschäftsmodell

Mit 23 Thesen beschrieb der Chefredakteur von Focus-online, Jochen Wegner, seine Perspektiven der neuen Medienwelt im digitalen Zeitalter. Für ihn ist Qualität keine Frage des Verbreitungswegs, sondern der Ressourcen. Mittlerweile hätten die „digitalen Töchter“ ihre „analogen Mütter“ in der Reichweite bereits übertroffen. Die Erlöse aus dem Internet würden allerdings nur 10 Prozent der Erlöse aus dem Printsektor betragen. Für ihn hat das Internet keinen Geburtsfehler und Journalisten müssten zu Unternehmern werden: „Der Artikel wird zum Geschäftsmodell. Publiziert wird, was nachgefragt wird. Aber wer zahlt dann noch für Berichte aus Afghanistan?“ fragte Wegner.

## Marktversagen

Eine neue Welle der Pressekonzentration und damit eine Gefährdung von Meinungsvielfalt und -freiheit sieht der Dortmunder Medienforscher Horst Röper. Seit über 25 Jahren dokumentiert er die Konzentrationsprozesse auf dem deutschen Zeitungsmarkt. „Publizistische Vielfalt ist nur mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit machbar“, sagte Röper und verwies auf die fehlende Vielfalt auf dem lokalen und regionalen Markt. „Mittlerweile gibt es im Osten Deutschlands Landkreise ohne Regionalzeitung mit lokaler Berichterstattung. Die Printmedien sind dem Markt ausgesetzt – aber der Markt hat versagt.“ Röper fordert deshalb an-

gesichts von „Dysfunktionen“ eine aktive Medienpolitik: „Das klassische Finanzierungskonzept muss ergänzt werden. Erwünschter Lokaljournalismus muss durch direkte finanzielle Hilfen auf Zeit befördert werden.“

## Nötiger Perspektivenwechsel

Davon hält der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) traditionell nichts. Sein Vizepräsident Hans Georg Schnücker setzt auf journalisti-



Hans Georg Schnücker: „Wir sind noch keine Dinosaurier“

sche Antworten auf die Herausforderungen am Printmarkt und gibt Fehler in der Vergangenheit zu. „Der Grund für den Auflagenrückgang liegt nicht am Internet, sondern an der demografischen Entwicklung. Wir müssen die Jugend gewinnen – und zwar über für sie relevante Inhalte.“

Selbstkritisch geht Schnücker voran: „Wir haben Migration als Thema verpennt. Wir haben keinen Zugang zu diesen Gruppen – auch nicht auf dem Anzeigenmarkt.“ Ein Perspektivenwechsel sei nötig: „Zu oft treibt uns die Behördensicht bei der Berichterstattung.“ Und für die bessere Erklärung der Politik brauche man Spezialisten. „Wir brauchen auch mehr Agenda-Setting statt Chronistenpflicht und wir müssen die lokale und regionale Eindringtiefe verstärken“, sagte Schnücker, der Sprecher der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Rhein Main ist. In der Welt der Infor-

mationsfülle glaubt er an Qualität durch Vertrauenswürdigkeit: „Wir sind noch keine Dinosaurier“, sagte er.

## Zuviel Hofberichterstattung

Ulrike Kaiser, die stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) hörte die Appelle wohl, sagte aber: „Wenn nur so gehandelt worden wäre.“ Mit nicht ganz ernst gemeinten „sicheren Ratsschlägen, wie man seine Leser verliert“ kam sie an den Starnberger See. „Verschenken Sie Inhalte und klagen Sie über mangelnde Perspektiven“, sagte die Mitbegründerin der Initiative Qua-



*Ulrike Kaiser fordert Priorität für die Publizistik*

lität im Journalismus. „Entlassen Sie ein Drittel der Redaktion und starten Sie eine online-Offensive ohne Redaktion. Stellen Sie Lokalausgaben ein und propagieren Sie Ihre Kernkompetenz im Lokalen.“ Dann aber ernsthaft beklagte sie hektische Reaktionen in den Verlagen und eine „Modernisierung um jeden Preis“.

Journalismus habe an Relevanz verloren und zeige zu wenig Profil. Es gebe zuviel Hofberichterstattung und zu wenig Transparenz. Sie forderte mehr Wertschätzung der journalistischen Leistung und Respekt vor den Lesern. Und an die Adresse der Verleger und Geschäftsführer gerichtet sagte sie: „Geben Sie Priorität für die Publizistik, nicht für die Rendite!“ Auch digitale Medien würden ohne Qualität nicht funktionieren.

## Gefahr der Provinzialisierung

Mehrere Bedrohungspotenziale für Qualität sieht der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Sigmund Gottlieb: „Erklären wir die immer komplizierter werdende Welt genug? Sind wir nahe genug am Menschen und seinen wichtigen Themen wie Rente, Gesundheit und Geldanlage?“ Er will sich und seine Redaktionen frei machen vom Quotendruck, weiß aber auch, dass das nie ganz gelingen wird. Zu häufig würde aber generalisiert („die Politiker, die Banker“) statt differenziert. Er nannte weitere Ersatzinstrumente für einen Journalismus, der den Problemen und Schwierigkeiten ausweicht statt sie zu benennen und aufzuklären: „Skandalisierung, Personalisierung und Emotionalisierung.“

Die Redaktionen müssten weg von den „vier K's: Kriege, Krisen, Katastrophen und Konflikte“. Die Menschen wollten auch positive und Mut machende Themen und Berichte in der Welt der Unübersichtlichkeit und

über zehn Millionen Euro für die neue Jauch-Sendung von anderen Redaktionen eingespart werden. Da sei der Bayerische Rundfunk mit 16 Prozent dabei. Positiv stimmt ihn die Renaissance der Dritten Programme: „Aber wir dürfen auch dort nicht nur bis zum Kirchturm schauen. Dann besteht die Gefahr der Provinzialisierung“, sagte Gottlieb.

## Verschmonzettung

Zuvor hatte der SZ-Journalist Nicolas Richter über seine Recherchen in der ARD rund um die Geschäfte der Unterhaltungstochter Degeto und die Korruptionsaffäre der ehemaligen NDR-Fernsehspielchefin Doris Heinze berichtet. Im August 2009 war herausgekommen, dass Heinze in mehreren Fällen Drehbücher selbst unter Pseudonym geschrieben hatte und ihren Mann unter Pseudonym schreiben ließ – bei Produktionen, die sie als Fernsehspielchefin des NDR selbst betreute. Ihr Mann schloss Verträge für fünf Fernsehfilme ab. Dem NDR war dadurch ein Schaden entstanden, da Drehbücher von Angestellten angemeldet werden müssen und nur mit dem halben Honoraarsatz verrechnet werden. Der Skandal hatte das Ansehen des Senders und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insgesamt beschädigt. Richter beklagte zudem, dass durch massengefällige Unterhaltungsware Autoren, Kreative und Schauspieler zu sehr gegängelt und in ihrer freien Entfaltung behindert würden: „Ich beobachte eine Verschmonzettung der öffentlich-rechtlichen Anstalten“, sagte Richter.



*Zeichnung: Mester*

scheinbaren Perspektivlosigkeit. Der Moderator der „Münchener Runde“ sieht einen Verlust von Gesprächskultur durch inflationäre Talkshows. Wenn jetzt Jauch zur ARD käme, gäbe es jeden Abend eine Talkshow im Ersten: „Wo sollen wir denn noch die interessanten Köpfe für die Sendungen hernehmen?“ Im Übrigen müssten die

Mikich und Gottlieb widersprachen dem heftig und verwiesen auf anspruchsvolle Fernsehspiele auch am frühen Abend. Der zu kritisierende Einzelfall Heinze sei nicht symptomatisch für das ganze System. Gottlieb gibt aber auch zu: „Wenn zwischen Anspruch und Trivialität entschieden werden muss, gewinnt am Ende die Trivialität“. ■

*Michael Schröder*

*(Siehe Pressechau Seite 37-38)*

# Zwischen Medienkrise und Bologna-Prozess

Kein Weg in den Journalismus ohne Praxis und Studium

**D**ie technischen Revolutionen und Umwälzungen in der Medienlandschaft gehen an der Journalistenausbildung nicht vorüber. Der beschleunigte Wandel mit einer Verbreitung des Angebots bei Fernsehen, Hörfunk und dem Internet sowie der Umbau der Hochschulen im Rahmen des Bologna-Prozesses hat Konsequenzen für die Journalistenausbildung. Experten aus Hochschulen und Medien diskutierten die Konsequenzen, die sich für Studiengänge und Journalistenschulen daraus ergeben.

Der Eichstätter Journalistik-Professor Walter Hömberg sah in seinem „Rückblick nach vorn“ eine deutliche Expansion von journalistischen Ausbildungsbereichen und Literatur zum Thema: „Alle neuen Studiengänge integrieren Theorie und Praxis. Die wissenschaftliche Fach- und Vermittlungskompetenz im Fachstudium wird vielfach ergänzt durch kommunikationswissenschaftliche Inhalte. Und die wachsenden Anforderungen der veränderten Medienwelt erfordern eine mehr-mediale Ausbildung.“

Interessant sei neuerdings die Spezialisierung auf fachjournalistische Berufsfelder wie Technik und Wissenschaft. Der Trend zur Akademisierung sei unverkennbar.

Rückblickend sah Hömberg eine „Erfolgsgeschichte“ und zog eine positive Bilanz der hochschulgebundenen Journalistenausbildung. Inzwischen hätten 70 Prozent der Journalisten studiert. Ein Monopol für eine Disziplin gebe es dabei nicht. Jeder Sechste habe Kommunikationswissenschaft oder Journalistik studiert. Als bedenklich schätzt Hömberg den Rückgang der überbetrieblichen Ausbildung ein und die „Reprivatisierung“ in Verlagschulen bei Springer, WAZ, Burda und Gruner&Jahr sowie die „rigorose Verschulung“ des Studiums durch den Bologna-Prozess. Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz stünden im Vordergrund. „Die Bewährungsprobe steht noch aus“, sagte der Eichstätter Journalistik-Professor. Die Tendenz, gleich

nach dem Bachelor-Examen in den Beruf zu gehen, bezeichnete er als „Rückschritt“.



*Walter Hömberg: Erfolgsgeschichte der Journalistenausbildung an Hochschulen* Fotos: Grundler

## Ohne Volontariat geht nichts

Große Skepsis bei deutschen Chefredakteuren gegenüber einer allein hochschulgebundenen Ausbildung von Journalisten hat Michael Harnischmacher ausgemacht. Bei seiner Studie wurde deutlich: Chefredakteure und andere Entscheider schätzen ein Studium bei ihren Bewerbern, aber ohne ein Volontariat gehe nichts. Es sei weiterhin notwendig für eine Laufbahn und Karriere im Journalismus. Prinzipiell sei es egal, was jemand studiert habe. Und

ein Studium sei inzwischen weitgehend Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung. Auch Journalistik werde als Fach akzeptiert, aber eben nur in Verbindung mit einem Volontariat oder der Ausbildung an einer Journalistenschule.

Diese Ergebnisse deckten sich mit den Einschätzungen der anwesenden Chefredakteure. Große Einigkeit herrschte über die Voraussetzungen zum Berufseinstieg: „Lesen, Schreiben, Zuhören“, sagte Karl Schermann vom „Münchner Merkur“. Und Andreas Bönte vom Bayerischen Fernsehen ergänzte: „Lernfähigkeit, sehr gute All-



*Andreas Bönte braucht für investigative Recherche kein Studium*

gemeinbildung, Stressresistenz und große Neugierde.“ Fähigkeiten, die in einem Studium erworben werden, nannte niemand aus der Runde. Bernd Graff von der Internet-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ meinte: „Ein Studienabschluss ist wichtig – egal was. Am Ende kommt es auf den Menschen an.“ Bönte schränkte ein: „Für investigative Recherche brauche ich nicht unbedingt ein Studium.“

Inzwischen braucht es auch technische Fertigkeiten und Kompetenzen, die für das multimediale Arbeiten nö-

tig sind. Schermann beschrieb, dass ein Lokalredakteur selbstverständlich in der Lage sein müsse, crossmedial zu denken und zu arbeiten: „Er kommt vom Termin und macht einen Bericht fürs Lokalradio, dann verfasst er einen ersten Text für die online-Ausgabe, am besten gleich mit Foto oder kleinem Film. Dann erst schreibt er für die Print-Ausgabe unserer Zeitung.“

## Crossmediales Denken und Arbeiten

Martin Wagner, Leiter des Studio Franken des Bayerischen Rundfunks, bekannte, dass das multimediale Arbeiten „spargetrieben“ sei und manchmal auch die Qualität leide, wenn ein Kollege mehrere Medien bedienen muss. Und Bernd Graff gab zu, dass der Umgang mit bewegten Bildern für Printjournalisten gelegentlich schwierig sei: „Wir sind dabei grandios gescheitert und haben inzwischen eine eigene Multimedia-Redaktion.“

Welche Ausbildungswege sehen die Praktiker nun als sinnvoll? Einheitliche Meinung: Ein Studium – und dabei die ganze Bandbreite –, dann ein Praktikum mit anschließendem Volontariat. Und Andreas Bönte empfiehlt seinem Sohn, der in den Journalismus will,

„soviel Praxis neben der Uni wie möglich“. Bei „sueddeutsche.de“ sind alle Volontäre ehemalige Praktikanten. Und Martin Wagner erinnerte daran, dass Journalismus „vor allem geistige, aber eben auch körperliche Leistung ist.“



*Martin Wagner: „Journalismus ist auch Beinarbeit“*

## Kämpferischer Journalismus

Rausgehen ist wichtig, Journalismus ist „legwork“. Ohne Beinarbeit gehe es nicht. Sein BR-Kollege Bönte mahnte, dass auch das berufliche Rollenverständnis wichtig sei: „Wir haben eine gesellschaftspolitische Funktion. Die darf in der Ausbildung nicht zu kurz kommen.“ Was Martin Wagner unterstrich: „Journalismus muss kämpferisch sein – freie Medien sind essentiell für unsere Demokratie.“ Daran will auch Bernd Graff festhalten: „Wir dürfen uns bei der Berichterstattung nicht von der Diktatur der Klickraten leiten lassen. Dann hätten wir keine Texte über Afghanistan mehr.“ ■

*Michael Schröder  
(Siehe Presseeschau Seite 38)*



*Zeichnung: Mester*

# Wie bürgerlich ist Europa?

## Kontrolle der Finanzmärkte und Arbeitsmarkt als Streitpunkt

Wie geht es nach dem Vertrag von Lissabon mit der EU weiter? Wie kann sich der Bürger am Einigungsprozess Europas beteiligen? Darüber diskutierten in Tutzing die Europaparlamentarierin Nadja Hirsch (FDP) und die bayerische Landtagsabgeordnete Adelheid Rupp (SPD).

Die bayerische Europaabgeordnete Nadja Hirsch weist auf einen Globus. „Auf der Erdkugel ist Europa sowieso schon klein genug. Wenn man sich Deutschland innerhalb dieses kleinen Europas anschaut, kann man sich vorstellen, dass wir uns auf europäischer Ebene verständigen müssen, wenn wir



Nadja Hirsch: Großer Abstimmungsbedarf in der EU

in den nächsten Jahrzehnten eine Chance haben wollen“. Es herrsche großer Abstimmungsbedarf: für die Rolle der EU als Global Player, aber auch mit Blick auf die Wirtschafts-, Beschäftigungs-, und Finanzpolitik. „Wenn man eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik macht, muss man auch an eine stärkere Zusammenarbeit in der Sozialpolitik denken“, betonte Hirsch. Dabei ginge es nicht darum, überall das gleiche Sozialsystem zu installieren. Man könne aber zum Beispiel über ähnliche Kriterien für den Einstieg in die Rente diskutieren, um dieses Gefälle in Europa zu beseitigen. „Man muss natürlich genau hinsehen, wo das sinnvoll ist und wo nicht.“

Für Hirsch, die bei den Europawahlen 2009 erstmals ins Europäische Parlament gewählt worden ist, ist es wesentlich, die Bürgerbeteiligung zu stärken: „Die EU hat entschieden“, dies sei oftmals die Botschaft, die die Bürger in der Zeitung lesen, wenn es um europäische Regelungen geht, die sie betreffen. „Wer jedoch hinter dieser Botschaft steht, wird oftmals nicht erklärt“, so die Europapolitikerin. Bisher sei Europa tendenziell ein Europa der politischen Eliten und der in der Wirtschaft Tätigen gewesen. Daher fordert Hirsch: „Europa muss ein Europa der



Adelheid Rupp: Europäische Finanzmarktregelierung

Fotos: Grümann

Bürger werden“. Ein kleines Element finde sich im Vertrag von Lissabon mit der Europäischen Bürgerinitiative. Wichtig für das Ziel eines Europas der Bürger sei aber auch, dass die Europawahlen nicht nur nationalen Charakter haben. Man könne, so Hirsch, bei Plakaten und Flyern auch das Logo der zugehörigen europäischen Partei hinzufügen, um die europäische Dimensi-

on deutlicher zu machen. Diese Symbole seien den meisten unbekannt. Belebend wirken könne auch eine stärkere Diskussion darüber, wie sich einzelne europäische Parteien zu bestimmten Themen positionieren. Denn „eine liberale Partei in Großbritannien, in Frankreich und in Deutschland hat durchaus unterschiedliche Meinungen zum selben Thema“, so Hirsch.

### Parlamentsrechte weiter ausbauen

Für die Sozialdemokratie sieht die bayerische Landtagsabgeordnete Adelheid Rupp, die Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten ist, die Situation anders. „Wir haben die Sozialistische Internationale, die zu einer sehr engen Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien führt“, sagte sie.

Rupp setzt sich wie Hirsch für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung ein: „Ich finde es erfreulich, dass auf europäischer Ebene Elemente direkter Demokratie eingeführt werden sollen. Wir haben da in Bayern eine gute Übung.“ Rupp begrüßte zudem die Stärkung des Europäischen Parlaments durch die letzten europavertraglichen Entwicklungen. Es gebe jedoch immer noch Situationen, wo man den Eindruck hat: „Na ja, die treffen sich in Straßburg, und keiner weiß, was die da genau tun, und der Europäische Rat und die Kommission entscheiden dann.“ Daher plädiert sie dafür, den Weg der Stärkung des Parlaments weiterzugehen.

### Finanzmärkte kontrollieren

Eine der Hauptaufgaben für Europa sei die Frage der Finanzmärkte und der Stabilität der Haushalte der einzelnen Länder: „Ich wünsche mir auf europäischer Ebene deutlich stärkere Ein-

griffsmöglichkeiten, wenn es um die Entwicklung und Regulierung der Finanzmärkte geht“, sagte Rupp. Sie sei eine Verfechterin der Finanztransaktionssteuer und einer Finanzaufsicht auf europäischer Ebene, die nicht nur mit dem Recht der Information, sondern mit tatsächlichen Eingriffsmöglichkeiten ausgestattet ist. Ohne solche Handlungsmöglichkeiten sei die Währungsunion nichts wert.

Anders als Hirsch sieht Rupp europäische Gestaltungsmöglichkeiten hin-

sichtlich der Rente „ganz weit weg“. Für die Bürger ginge es zunächst um die Frage von Löhnen, die Frage von Stabilität von Arbeitsverhältnissen sowie die Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen. „Die Beschäftigung in Europa muss angeglichen werden“, so die Europapolitikerin. Deutschland sei stark export-orientiert.

Die schlechte Lohnentwicklung bei uns führe nur zu wenig Binnennachfrage und zu einem Auseinanderklaffen der Löhne im Vergleich mit ande-

ren Ländern. Man müsse einen Ausgleich zwischen Export und Binnennachfrage herstellen, um den Wirtschafts- und Finanzraum Europa zu stabilisieren.

Die Tagung war ein Gemeinschaftsprojekt mit der Bundeszentrale für politische Bildung. ■

Gero Kellermann

## „Hohe demokratische Verantwortung“ Verdienstkreuz für Oberreuter

Auf vielen Bühnen hat Akademiedirektor Heinrich Oberreuter schon gestanden, doch dieser Auftritt war auch für ihn etwas Besonderes: Im Kuppelsaal der Bayerischen Staatskanzlei erhielt er im September aus den Händen von Ministerpräsident Horst Seehofer das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. SH

Die Laudatio des Ministerpräsidenten:

*Heinrich Oberreuter zählt zu den bekanntesten Politikwissenschaftlern der Bundesrepublik Deutschland. Seine wissenschaftlichen und publizistischen Leistungen, die von hoher demokratischer Verantwortung als Politologe geprägt sind, verdienen große Anerkennung. Dabei vermittelt Oberreuter dieses Wissen nicht nur der Fachwelt und den Studenten, sondern als Akademieleiter insbesondere auch den Multiplikatoren der politischen Bildung und vor allem der Politik selbst, wie seine Berufungen in die verschiedensten Gremien belegen.*

*Er konnte führende Persönlichkeiten aus Politik und Zeitgeschehen für die Mitarbeit gewinnen und damit der politischen Bildung die gebotene Publizität verschaffen. Als Akademiedirektor hat er auch beim Aufbau der politischen Bildung in den neuen Bundesländern einen großartigen Beitrag für das wiedervereinigte Deutschland geleistet. Seine herausragende fachliche Autorität manifestiert sich in beeindruckender Weise in seinen zahlreichen Funktionen, Ehrenämtern und Aus-*



„Herausragende fachliche Autorität!“: Heinrich Oberreuter (links) bei der Ordensverleihung durch Ministerpräsident Horst Seehofer  
Foto: Bayerische Staatskanzlei

zeichnungen. Als Hochschullehrer an der Universität Passau hat er moderne und innovative Akzente in der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse und für den so genannten „Wissenschaftstransfer“ gesetzt. Oberreuter wird seit Langem als Analytiker des politischen Geschehens, als Impulsgeber für die politische Kultur in unserem Land und als engagierter Vermittler zwischen Öffentlichkeit und Politik geschätzt. ■

# „Exzesse der Marktwirtschaft vermeiden“

## Das 6. Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ über das kulturelle Fundament der Ökonomie

**Moral, Ethik und Religion werden von der Ökonomie neu entdeckt. Wie sieht das kulturelle Fundament der Ökonomie aus und inwieweit können kulturelle Faktoren als Erklärungsansatz für Erfolge und Krisen in Wirtschaftsordnungen herangezogen werden? Diese Fragen standen im Zentrum des 6. Forums „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“.**

Ausgehend von der Dogmengeschichte entwickelte Reinhard Pfriem seine Konzeption einer „kulturalistischen Wirtschaftsethik“. Schon der Ökonom Thorsten Veblen (1899) habe die Annahme einer auf zeitloser Gesetzmäßigkeit aufbauenden ökonomischen Theorie verworfen. Sie müsse vielmehr den raschen gesellschaftlichen Wandel aufnehmen. Pfriem erinnerte auch an Max Weber. Dieser habe in seinem Werk „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“ bereits im Jahre 1905 die Bedeutung der geistig-kulturellen und weltanschaulichen Faktoren für die kapitalistische Wirtschaftsweise herausgearbeitet. Diese kulturoorientierte Tradition sei mit Werner Sombart (1913) fortgeführt worden, der den „Bourgeois“ als Personifikation des kapitalistischen Geistes analysiert habe. Georg Simmel (1900), ein weiterer bedeutender deutscher Philosoph und Soziologe, habe hingegen die kulturellen Voraussetzungen und Folgen der Geldwirtschaft in den Fokus gestellt.

„Kulturalistische Wirtschaftsethik“ verstehe Unternehmen – so Pfriem – nicht nur als kulturell eingebundene, sondern auch als kulturelle Akteure, die auf die Gesellschaft zurückwirkten. Dabei müsse sich die ethische Grundfrage „Was soll ich tun?“ allerdings heute nicht nur auf die individuellen, sondern auch auf die kollektiven Akteure beziehen. Zudem gehe es nicht mehr um vorab definierte Lösungen, die nur gefunden oder angenommen werden müssten, sondern um das Ringen um die richtige Lösung. Damit sei die Zukunft prinzipiell offen, doch das

Streben nach dem menschlichen Glück müsse die Gefährdung des Fortgangs der Menschheit – zum Beispiel durch den Klimawandel – berücksichtigen. Die abendländische Ethik müsse sich zu einer kulturwissenschaftlichen Perspektive des ethischen Reflektierens



*Hans Christoph Binswanger interpretierte Goethes Faust ökonomisch*

von Alltagsmoral weiterentwickeln. Für die Wirtschaftsethik bedeute dies: Nicht die moralisch eindeutigen Fälle und Skandale, sondern die die Wirklichkeit dominierenden moralisch nicht-trivialen Fälle sollten den Diskurs bestimmen.

### Faust als Drama der Ökonomie

Einen Abstecher in die deutsche Kulturgeschichte entwickelte Hans Christoph Binswanger mit seiner ökonomischen Auslegung von Goethes Faust. Während der erste Teil ein großes Dra-

ma der Liebe darstelle, bestehe der zweite Teil aus einem Drama der Ökonomie. Letzteres sei als Katastrophe des Fortschritts und seiner alchemistischen Auslegung konzipiert. Gemeint ist hier der „heilige“ und gleichzeitig „verfluchte“ Hunger nach Gold, der die Menschen bis in unsere Tage gefangen hält und ohne den die moderne Wirtschaft nicht erfasst werden könne.

Goethe hebt vor allem drei Bereiche heraus, in denen sich eine verhängnisvolle Desorientierung des Menschen abzeichnet: der Verlust der Schönheit, der Verlust der Sicherheit und der Verlust der Gegenwart, so dass am tragischen Ende eine „Zeit jenseits der Zeit und jenseits des Scheiterns beginnt“. Binswanger beschreibt damit einen psychologischen wie materiellen Zustand auch des heutigen Menschen mit den Worten eines deutschen Klassikers, aus dessen Lektüre sich disziplinübergreifende Erträge erschließen.

Karl Georg Zinn stellte nicht nur die Grundlagen des Wirtschaftsliberalismus vor, sondern zeichnete in einem weiten Bogen die dogmengeschichtlichen Grundlagen des ökonomischen Denkens westlicher Gesellschaften nach. Dabei zielte seine Kritik vor allem auf den Neoliberalismus Milton Friedmans, der aufgrund seines Deregulierungsparadigmas die Krisenanfälligkeit des marktwirtschaftlichen Systems erhöhe und die soziale Differenzierung verstärke. Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule mit Walter Eucken könne hingegen als Gegenpol des Laissez-Faire-Kapitalismus angelsächsischer Prägung verstanden werden. Der Staat als ordnende Kraft habe gerade in letzter Zeit eine besondere Renaissance erfahren.

Wie stark bestimmen nun kulturelle Faktoren das Wirtschaftsgeschehen in anderen Weltregionen? In Russland sei – so Piotr Pysz – das geistesge-

schichtliche Denken von Holismus (Ganzheitslehre), Anthropozentrismus und mystischem Realismus geprägt worden. Individuum und Staat, Kirche und Staat sowie Glauben und Denken seien als Einheit verstanden worden. In der russischen Geschichte habe deshalb der Staat die Rolle des Motors der Modernisierung (u.a. Peter der Große, später die Bolschewisten) übernommen. Dieser staatszentristische Ansatz habe die wirtschaftliche Transformation Russlands zur Marktwirtschaft erschwert und wirke bis heute im wirtschaftspolitischen Denken fort.

Markus Taube stellte die Frage, ob sich die Dynamik des Kapitalismus in Asien kulturell erklären lasse. Während vor 30 Jahren Chinas Ökonomie in der Weltwirtschaft noch eine völlig untergeordnete Rolle gespielt habe, blühe heute der Kapitalismus und moderne Städte prägen das Bild. Dieser durch ein ungebändigtes Modernisierungsleitbild getragene Wandel lasse sich jedoch nur bedingt auf kulturelle Dispositionen in der Gesellschaft zurückführen. Max Weber habe im Konfuzianismus sogar den Ursprung für Chinas Rückständigkeit im 19. Jahrhundert gesehen, da vor allem das „rational kalkulierbare Funktionieren der Verwaltung und Rechtspflege“ gefehlt habe.

Für Taube ist der so genannte Neo-Konfuzianismus dennoch ein wichtiger Erklärungsansatz für das enorme Wirtschaftswachstum. Nachdem die feudalen Strukturen Chinas und die Irrungen der kommunistischen Phase überwunden worden seien, könnten die konfuzianischen Werte wie Fleiß, Genügsamkeit und Einordnung in hierarchische Strukturen produktiv wirken. Die Verwaltungsbeamten hätten sich zu selbstbewussten Trägern der ökonomischen Entwicklung gewandelt, die Massen folgten wiederum mit Fleiß ihrer Führung. Kommen zu einem starken Staat noch ein starkes kulturelles Fundament und gute Wirtschaftspolitik hinzu, könne überdurchschnittliches Wachstum generiert werden.

Im Islam – so Helmut Leipold – gäbe es keine Trennung zwischen Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsethik, bei-

des habe sich unter Rekurs auf den Koran und die Scharia über Jahrhunderte hinweg entwickelt. Dennoch hätten lediglich zehn der über 6000 Verse des Korans einen wirtschaftlichen Bezug. Eine Besonderheit stelle das Verbot der „ribâ“ – des Zinswuchers – dar. So heiße es in einer der Suren: „Gott hat den Kauf erlaubt, aber den ribâ verboten“.



*Ulrich Blum: „Werteentwicklung hält nicht Schritt mit dem Tempo des gesellschaftlichen Wandels“*

Fotos: Grundler / Grümman

Auch das Gerechtigkeitspostulat sei tief im Islam verwurzelt. Leipold vermutete sogar, dass die derzeitige Finanzkrise nicht entstanden wäre, wenn die globale Wirtschaft den Leitlinien des islamischen Rechts gefolgt wäre. Aber sicherlich wäre ein Zinsverbot keine Lösung für moderne arbeitsteilige Marktwirtschaften.

## Armut als Gefahr

Welche wirtschaftsethischen Grundsätze prägen dagegen das Judentum? Francesca Yardenit Albertini, Religionswissenschaftlerin von der Universität Potsdam, setzte sich zunächst kritisch mit Max Weber (Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, 1905) und Werner Sombart (Die Juden und der moderne Kapitalismus, 1911) auseinander. Die Neigung der Juden zum modernen Kapitalismus sei nicht religiös bedingt, wie Weber und Sombart behaupten, sondern geschichtlich, unter anderem durch die Beschränkung auf bestimmte wirtschaftliche Tätigkeiten im Mittelalter. Ergänzt würde dies durch ethische Überzeugungen wie die Unterstützung

der Unterdrückten und Armen. Im Gegensatz zum Christentum werde – so Albertini – in den jüdischen religionsgesetzlichen Weisungen der Mischna, niedergeschrieben im 3. bis 7. Jahrhundert, Armut nicht als besondere Segnung Gottes, sondern als permanente Gefahr für die Stabilität des Gemeinwesens angesehen. Die Verhinderung sozialer Missstände sei deshalb eine Frage des Überlebens einer Gemeinschaft. Auch aktuell habe das Judentum unter Rückgriff auf die Grundsätze der Mischna beispielsweise Betrug und schlechte Beratung auf den Finanzmärkten verurteilt.

## Verantwortung betonen

In der Abschlussdiskussion vertrat Daniel Dietzelbinger von der Evangelischen Landeskirche in Bayern die Meinung, dass Werteverlust und Wertewandel in der Gesellschaft zu beobachten seien. Die Globalisierung habe zunehmend zu einer Individualisierung geführt und der Gemeinwohlgedanke trete in den Hintergrund.

Ulrich Blum, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts in Halle, verwies darauf, dass die Wertediskussion sehr stark an die Frage des Umgangs mit Gemeinschaftsgütern geknüpft sei. In diesem Kontext sei der Gesichtspunkt der Systemstabilität entscheidend: Gesellschaftliche Normen und Regeln garantieren das Überleben der Gemeinschaft. Er habe den Eindruck, dass heutzutage die Werteentwicklung nicht mehr mit dem enormen Tempo des gesellschaftlichen Wandels einhergehe. Einerseits seien die alten Werte nicht mehr ausreichend, andererseits müsse man aber die „Urwerte“, vor allem das Prinzip Verantwortung, stärker betonen. Verantwortung könne nicht auf existenzialistische Weise subjektiv formuliert werden (nach dem Motto: „Das kann ich verantworten“), sondern müsse allgemein durch Institutionen eingefordert werden. Gleichzeitig müsse „Gewissen generiert“ werden, um Exzesse der Marktwirtschaft zu vermeiden. ■

Verena Grundler / Lena Grümman / Wolfgang Quaisser

(Siehe Pressestimme Seite 39)

# 20 Jahre Deutsche Einheit

## Politische Kultur in Deutschland

Zwei Jahrzehnte nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands scheinen sich auf der Ebene der politischen Kultur immer noch Spuren der Teilung zu finden. Wie die Einstellungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschen, die immer wieder in Umfragen aufscheinen, einzuordnen sind, ob sie gar ein Problem für die Demokratie darstellen, wird kontrovers diskutiert. In einer gemeinsamen Tagung mit dem Arbeitskreis „Politik und Kultur“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft analysierten Experten den Stand der politisch-kulturellen Entwicklung Deutschlands zum zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit.

Dirk Berg-Schlosser, einer der international profiliertesten Forscher auf diesem Feld, gab einen Überblick über die Entwicklung des Konzepts „politische Kultur“ und seine Erforschung im Zuge des allen Sozialwissenschaften

kollektiver wie persönlicher Erfahrungen in der Geschichte. Besonders am Beispiel Deutschland ließe sich das zeigen, wie auch die folgenden Diskussionen der Tagung bestätigten.

### Prekär, aber hinreichend

Auf die beständig mitschwingende Leitfrage „Wieviel Einheit brauchen wir?“ gab Hans-Joachim Veen eine klare Antwort: Der inzwischen erreichte Stand innerer Einheit in Deutschland sei zwar prekär, aber hinreichend. Es gebe sowohl ein erfreuliches Gefühl nationaler Gemeinschaft als auch einen belastbaren Konsens über die Grundprinzipien des Zusammenlebens. Die Festigung und Verteidigung demokratischer Werte bleibe zwar eine tägliche Aufgabe, doch sei sie keine Frage zwischen Ost und West. Problematisch sei hingegen der Begriff der inneren Einheit selbst: Er suggeriere eine organische Homogenität als Zielvorstellung, die es in modernen pluralistischen Gesellschaften aber nicht geben könne. Fatal sei es auch, den Stand der Einheit mit der Angleichung der materiellen Lebensbedingungen zu identifizieren: Eine völlige Angleichung sei illusorisch, dafür verstelle aber die Konzentration auf Unterschiede den Blick auf die beachtlichen Erfolge.

Bettina Westle hingegen hielt – gegen Veens Kritik – daran fest, weiterhin

auch in empirischen Untersuchungen die Differenzierung West-Ost beizubehalten: Die Daten zeigten hier eben nach wie vor größere Unterschiede als etwa zwischen Nord und Süd. Beispielsweise sei das Vertrauen in staatliche beziehungsweise politische Institutionen im Osten deutlich niedriger als im Westen. Auch hinsichtlich der subjektiven Wahrnehmung der Realität könne man Erstaunliches feststellen: So würden die Vorteile der Wiedervereinigung in West und Ost jeweils viel stärker beim anderen Landesteil gesehen als bei sich selbst. Auch Vorurteile über Wessis und Ossis blieben bestehen – sie seien bei jenen am stabilsten verankert, die eine besonders intensive emotionale Bindung zum vergangenen Gemeinwesen („alte“ BRD bzw. DDR) aufweisen.

### Gründungsmythen

Auf der Suche nach gemeinsamen Geschichten in West und Ost stellte Antonia Schmid die schneidende Negativität deutscher Gründungsmythen



*Antonia Schmid: Mythos der Kontinuität einer demokratischen Identität*

heraus. So habe der Bezugspunkt Nationalsozialismus in der filmischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland etwa seit dem Jahr 2000 Konjunktur. Die 40 Jahre



*Dirk Berg-Schlosser: Wandel- und Veränderbarkeit der politischen Kultur*  
*Fotos: Grundler / Haas*

gemeinsamen „cultural turn“. Anders als in der Alltagssprache bezeichne politische Kultur im wissenschaftlichen Gebrauch die grundlegenden Einstellungen, Meinungen und Werte der Bürger hinsichtlich der Politik. Im Unterschied zu früheren Betrachtungen eines „Nationalcharakters“ einzelner Völker betonte Berg-Schlosser die Wandel- und Veränderbarkeit der politischen Kultur, insbesondere aufgrund

Diskontinuität und Koexistenz würden in Blockbustern zur deutschen Geschichte eher gemieden. Mit dem Bezug zur West- und Ostdeutschen gemeinsamen NS-Vergangenheit werde in vielen Filmen ein Mythos der Kontinuität einer demokratischen Identität erschaffen, etwa durch Einsatz von fiktiven Identifikationsfiguren in wahren historischen Kontexten.

## Mehr Konvergenz als Differenz

Wie sich west- und ostdeutsche Sonder-Identitäten nach 1990 weiter reproduzierten, schilderte Thomas Ahbe. Die Wurzeln der weiter bestehenden Unterschiede seien auch in verschiedenen Identität stiftenden Narrativen zu suchen: Die westdeutsche Variante war geprägt durch Leiterzählungen der

dieren – unabhängig vom objektiv gegebenen Status – weit häufiger dazu, sich der Mittelschicht zugehörig zu finden, während Ostdeutsche sich eher in der Unter- und Arbeiterschicht verorten. Dennoch sei in der Summe mehr Konvergenz als Differenz festzustellen. Der Sozialisationsfaktor einer ostdeutschen Sonderidentität sei schwach. Die Selbstdefinition als Deutscher oder Ostdeutscher sei vielmehr von der spezifischen konjunkturellen Bewertung der eigenen Lage und Zufriedenheit abhängig. Problematisch beurteilte Ahbe allerdings den Mangel eines Identifikationsangebots für Ostdeutsche. Die Aufarbeitung der Verbrechen des SED-Regimes und die weitgehende Übernahme des BRD-Modells habe auch zu einer symbolischen Exklusion der Ostdeutschen geführt.

jedoch führte zum Konstrukt der Überlegenheit des deutschen Volkes. Die oft beschworene Kulturnation müsse somit als Substitut politischer Einigkeit begriffen werden. Dabei erfolgte



*Wolfgang Bergem: Plädoyer für Verfassungspatriotismus*



*Deutschland 21*

*Zeichnung: Tomicek*

Freiheit und einer institutionell stark verankerten Demokratie. Die ostdeutsche Version hingegen rekurrierte auf die antikommunistische Gesinnung des Nationalsozialismus; die Entnazifizierung in der DDR wurde mit Entbürgerlichung gleichgesetzt. Während der Westen den 17. Juni 1953 als Feiertag einführte, verwies man im Osten auf die Belastungen in der politischen Führungsebene der BRD während des Nationalsozialismus. Spuren davon finde man noch heute in der sozialen Selbstverortung: Westdeutsche ten-

Wolfgang Bergem analysierte in seinem Vortrag über den „Wiedergänger Kulturnation“ einen beliebten Topos der intellektuellen Reflexion in Deutschland, den Wesenskern der Deutschen, in seiner Ambivalenz: Einerseits könne die Behauptung einer deutschen Besonderheit als Ausgangspunkt der permanenten Selbstreflexion gesehen werden, andererseits habe ebenso sehr das stete Bewusstsein von Defiziten Anlass gegeben, dieser fragwürdigen Identität habhaft zu werden. Das Inferioritätsempfinden

die Begründung jenseits der ethnischen Heterogenität über das Band der Sprachnation. Auf diesem Hintergrund sei die deutsche Einheit als Achsenzeit der Nationwerdung zu sehen, indem die Inkongruenz von Staat und Nation normalisiert werde. Dennoch sei der Diskurs um die Kulturnation in Politik und Intellektuellenzirkeln präsent geblieben. War der Begriff nach 1945 zunächst kontaminiert, so finde er sich nach der Einheit wieder verstärkt. Doch nicht nur der Begriff selbst, auch die Debatten um „Leitkultur“ oder eine dem Föderalismus völlig fremde gesamtstaatliche Kulturpolitik entbehren laut Bergem jeder Berechtigung. Sein Plädoyer gilt der Staatsnation, die lediglich eines Bands bedürfe: eines gefestigten Verfassungspatriotismus.

## Gesellschaftliche Verwüstung

Heinrich Oberreuter widmete sich dem deutschen Selbstverständnis im Wandel. Er identifizierte dabei drei wichtige Themenkreise: Erstens die politisch-kulturelle Neugründung Deutschlands, die gleichbedeutend mit einem neuen Staatsbild Deutschlands sei. Der Abschied vom Macht- und Obrigkeitstaat, die Anerkennung der politi-

schen Freiheit des Individuums und die Bindung der Politik an das Recht bedeuteten eine Entmythologisierung des Staates. Zweitens seien die gegenwärtigen Wandlungsprozesse und Umbrüche nicht ohne Wirkung auf innere Befindlichkeiten geblieben. Die ökono-



*Heinrich Oberreuter mahnte zu größerer Empathiebereitschaft auf beiden Seiten*

mischen Veränderungen forderten die sozialstaatlichen Erwartungshaltungen ebenso heraus wie die technologischen Entwicklungen die konventionellen ethischen Maßstäbe. Wertfragen stellten sich in Gesellschaft und Politik gleichermaßen neu.

Ein eigener Umbruch und damit der dritte wichtige Aspekt sei die deutsche Wiedervereinigung. Verständnisprobleme zwischen Ost und West seien nicht zuletzt auf unterschiedliche Lebenserfahrungen und Einstellungen zum Staat sowie auf bis jetzt erkennbare Spuren gesellschaftlicher Verwüstung durch die Stasi-Diktatur zurückzuführen. Dies mahne zu größerer Empathiebereitschaft auf beiden Seiten.



*Sonja Zmerli: Blick über die Grenzen*

Sonja Zmerli öffnete zum Ende der Tagung den Blick über die deutschen Grenzen hinaus und präsentierte Er-

gebnisse einer Untersuchung über soziales Vertrauen in Europa, wobei sie den Schwerpunkt auf das politische Vertrauen legte, zum Beispiel in politische Akteure, Prinzipien wie den Rechtsstaat und in supranationale Akteure wie die Europäische Union. Auch wenn nationale Eigenheiten und Differenzen bei einer europaweit breit angelegten Studie in den Hintergrund treten, hob Zmerli doch drei generelle Botschaften hervor: Erstens verlaufe der gesellschaftliche „Vertrauens-Riss“ gegenüber Mitmenschen und politischen Institutionen nicht mehr so sehr quer durch Deutschland, sondern vielmehr zwischen den etablierten Demokratien einerseits und den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas andererseits. Zweitens sei dies weniger auf nachhaltige sozialistische Sozialisation oder Diktator erfahrung zurückzuführen, sondern eher durch die politische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Systeme beziehungsweise deren Defizite bedingt. Drittens sei zu hoffen, dass im Sinne einer Zusammenführung die Europäische Union für die Länder mit Problemen eine ähnliche Rolle erfüllen könne wie Westdeutschland für Ostdeutschland. ■

*Verena Grundler / Stefan Köppl*

## Formierungsphase der Akademie mitgestaltet

### Zum Tod des ehemaligen Akademiekurators Hans Günter Naumann

Hans Günter Naumann ist der Akademie wie wenige verbunden gewesen. Als Mitarbeiter ihres Initiatoren Waldemar von Knoeringen saß er gleichsam an der Quelle der Gründungsideen dieses Hauses, in das der Diplomvolkswirt, 27-jährig, 1962 als Wissenschaftlicher Assistent eintrat, bevor er 1969 als Geschäftsführer zum „Münchner Forum“ wechselte. Naumann hat die Formierungsphase der Akademie ebenso wie erste Auseinandersetzungen mit demokratiekritischen Positionen in der Bundesrepublik mit-



*Hans Günter Naumann: fundierter Sachverständ*

gestaltet. „Mobilisierung der Demokratie“ hieß die Reformschrift einer Gruppe jüngerer Autoren um von Knoeringen, darunter auch Peter Glotz. Naumanns lebenswerten Beitrag im ersten Band der Schriften zum 50. Jubiläum der Akademie gibt über diese Periode Auskunft. 1970 bis 1994 war Naumann Mitglied des Bayerischen Landtags, 1982 bis 1994 Vorsitzender der Münchner SPD. Seit 1995 war er Vorsitzender des Wirtschaftsforums. Bereits 1993 kehrte er als Kurator an

seine frühere Wirkungsstätte in Tutzing zurück. Dieses Amt versah er viele Jahre lang mit Sachkenntnis, Um sieht, ausgleichender Gesprächsfähigkeit, Offenheit und Klugheit. Nie hat er die Verbindung zur Akademie abrei sen lassen.

Im Nachruf der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heißt es: „Hans Günter Naumann war kein Politiker für die lauten und schrillen Töne, sondern glänzte in sprachlich präzisen Reden mit fundiertem Sachverstand.“ Nicht anders hat ihn die Akademie gekannt, die ihres ehemaligen Mitarbeiters und Kurators, der am 26. September 2010 74-jährig gestorben ist, in Dankbarkeit gedenkt. ■

*Heinrich Oberreuter*

# Menschenwürde all inclusive

## Menschliche Vielfalt und das Recht auf Bildung

**D**ie UN-Behindertenrechtskonvention macht deutlich, was sich aus dem Prinzip der Menschenwürde von selbst versteht: Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf „vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten“. Mit der Übernahme der Konvention hat sich im Jahr 2009 auch die Bundesrepublik dazu bekannt. Die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung fordert, dass sie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mit voller Teilhabe ausgestattet sind. Im Zentrum der Tagung stand dabei das Recht auf Bildung, das nur in einem inklusiven Bildungssystem verwirklicht werden kann.

Das Leitbild der Inklusion geht von der natürlichen Vielfalt menschlichen Lebens aus. Gesellschaft und politische Ordnung müssen dieser Vielfalt Raum geben. Ausgrenzende Normalitätsdefinitionen haben daher keine Berechtigung. Damit geht die Inklusion einen Schritt weiter als die Integration. Sie setzte nämlich voraus, dass ein Außenstehender in die Gemeinschaft hineingenommen werden muss. Die Inklusion weiß hingegen alle Menschen von vornehmerein als Mitglieder der Gesellschaft, für sie gibt es kein Außen. So haben Eltern und Kinder mit Behinderungen mit der UN-Konvention das Recht, allgemeinbildende Schulen zu besuchen. Die in Deutschland oft übliche Trennung in Förderschulen widerspricht diesem Recht. Dementsprechend wussten zahlreiche Teilnehmer der Tagung von den Hindernissen zu berichten, die dem Wunsch nach inklusiver Bildung entgegenstehen. Dabei konnte der Bildungsforscher Klaus Klemm belegen, dass ein inklusives Bildungssystem für alle Beteiligten vorteilhaft wäre.

Rechtsanwalt Arnold Köppke-Duttler machte klar, dass es sich bei der UN-Konvention um geltendes Recht und nicht etwa um eine unverbindliche Absichtserklärung handelt. Kritisch befragte er indessen die Möglichkeiten zur „Teilhabe in Zeiten verschärfter Ausgrenzung“. Er äußerte die Befürchtung, dass Inklusion auch nur simuliert werden könnte, nämlich als ver-

feinerte Exklusion. Das sei zum Beispiel der Fall, wenn Kinder mit Behinderung zwar die Regelschule mitbesuchen, dort aber keine angemessene Unterstützung erfahren und schließlich doch wieder in einer eigenen Arbeitswelt landen. Die inklusive Einheit dürfe nicht aufgezwängt werden. Hohl würde sie durch leere Floskeln nach Art des „Wir alle sind behindert.“

Aus der Praxis einer Förderschule, die sich auf dem Weg zur Inklusion befindet, berichtete der Nürnberger Schulleiter Ulrich Reuter. Er sah neben der Politik vor allem mangelnde Erfahrung im Umgang mit Behinderungen als Hindernis. Zudem stehe die gesamte Diagnostik von Behinderungen einer inklusiven Gesellschaft im Wege. Bereits die Feststellung eines gesonderten Förderbedarfs steht der Inklusion entgegen: „Erst den Aufkleber drauf und dann dazugehören – das geht nicht.“ Zu wenig fortgeschritten sei bislang der Ausbau Mobiler Sonderpädagogischer Dienste, die inklusive Bildung in Regelschulen erst ermöglichen.

chen. Reuter wusste aber auch von Erfolgen in der integrativen Bildung zu berichten. Wo etwa im Rahmen von Kooperationsklassen der Kontakt zwischen Regelschule und „Förderschülern“ hergestellt ist, empfinden Lehrer und Schüler die gemeinsame Arbeit als Bereicherung.



*Silja Samerski: „Kinder mit Down-Syndrom haben kaum Chancen, lebendig zur Welt zu kommen“*

Die Soziologin Silja Samerski untersuchte die Wirkung von Normalitäts-erwartungen in der Pränataldiagnos-tik. Man könne schließlich nicht von Inklusion reden ohne auch über ihr Ge-genteil, nämlich Exklusion und Extin-ktion zu sprechen. Denn: „Kinder mit Down-Syndrom haben heute zwar bes-sere Chancen zur normalen Schule zu gehen, aber sie haben kaum Chancen, lebendig zur Welt zu kommen.“ So wer-den nach der Diagnose Down-Syndrom rund 90 Prozent der Föten abge-

### Linktipps:

- [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)
- [www.ich-kenne-meine-rechte.de](http://www.ich-kenne-meine-rechte.de)
- [www.gemeinsamleben-gemeinsamlernen.de](http://www.gemeinsamleben-gemeinsamlernen.de)

Materialien zur Tagung auf der Homepage der Akademie:  
<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1350>

trieben. Die Pränataldiagnostik erzeugt eine neuartige Beziehung zwischen Mutter und Kind. Durch sie werden Mütter zu Entscheidungen über vormals Unverfügbares gezwungen. Gerade die Aufforderung zur vermeintlich freien Selbstbestimmung erzeuge letztlich einen neuen Zwang, durch den die Mutter für das Sosein ihres Kindes verantwortlich gemacht werde. Dabei vermittele auch die humangenetische Untersuchung nur statistikgestützte Risikoszenarien, die für den konkreten Menschen doch ohne Belang seien. Auch Entscheidungen über Schwangerschaftsabbrüche gehen dann gar nicht vom Kind, sondern von den eigenen Erwartungen aus.

## Perspektivenwechsel

Sabine Stengel-Rutkowski, Humangenetikerin aus München, machte deutlich, dass Gene weder gesund noch krank sein können. Genetische Homogenität sei von der Natur nicht vorgesehen. Seltene Genkonstellationen, wie die Trisomie 21, die das Down-Syndrom hervorruft, sind daher als vollkommen normal anzusehen. Was von außen als Behinderung wahrgenom-

Aus ihrer Arbeit mit der Montessori-Therapeutin Lore Anderlik konnte Stengel-Rutkowski von eindrucksvollen Erfolgen berichten: Wo Kinder mit Behinderungen in ihrem eigenen Sosein angenommen werden, haben sie



*Sabine Stengel-Rutkowski: „Geistige Behinderung ist verhinderbar“*

alle üblichen Entwicklungsmöglichkeiten. Dazu muss man sich auf ihr Entwicklungstempo und ihre Kommunikationswege einlassen. Während beispielsweise das Down-Syndrom eine

Der Duisburger Bildungsforscher Klaus Klemm hat die Folgen derartiger Umweltanpassung untersucht. Seit Gründung der Bundesrepublik verzeichnen die früher als Hilfs- und Sonderschule und heute als Förderschule bezeichneten Schulen ein stetes Wachstum. Besuchten 1950 noch 1,3 Prozent einer Schülergeneration diese Einrichtungen, so sind es im Jahr 2008 bereits 6 Prozent. Aber auch unter den Bundesländern schwankt der Anteil der Förderschüler von über 11 Prozent



*Bildungsforscher Klaus Klemm: „In Deutschland kann nicht von Inklusion gesprochen werden“*

## Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention Bildung

*(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives (inklusives) Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,*

*a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken.*

men wird, ist für den Betroffenen selbst Normalität. Für die Sicht auf Behinderung ist daher ein grundlegender Perspektivenwechsel notwendig, der sich von der Defekt-Orientierung zum Dialog hinwendet. So wird es möglich, geistige Behinderung nicht als genetisch bedingten Zustand, sondern als verhindbaren Prozess zu begreifen.

langsamere motorische Entwicklung verursacht, seien Kleinkinder mit Down-Syndrom geistig besonders regsam. Folglich gelte es, diese Kinder geistig besonders zu fordern. Überbehütung und Unterforderung hingegen machten diese Kinder auf dem Wege fehlerhafter Umweltanpassung zu geistig Behinderten.

in Mecklenburg-Vorpommern bis 4,5 Prozent der Schüler in Rheinland-Pfalz. Zudem finde man an Förderschulen einen überdurchschnittlich großen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. In Kindertageseinrichtungen werden in Deutschland insgesamt über 60 Prozent der Kinder mit Behinderung inklusiv betreut, in Bayern sind dies aber nur 34 Prozent. Von einer neutralen und objektiven Einstufung werde man angesichts dieser Schwankungsbreite nicht reden können.

## Vorteile für alle

Während die Inklusionsquote in der Primarstufe in Deutschland rund 31 Prozent (Bayern: 23 Prozent) beträgt, liegt sie in der Sekundarstufe nur noch bei 13 Prozent (Bayern: 14 Prozent). Klemm schloss daraus: „In Deutschland kann eigentlich nicht von Inklusion gesprochen werden. Wo es sie

gibt, da findet sie zudem hauptsächlich an Hauptschulen statt, also in Schulen, die selbst exklusiv sind.“

Doch auch das formale Ergebnis der Förderschulen könnte nicht überzeugen, denn über 76 Prozent der Schüler verlassen sie ohne einen Hauptschul-

abschluss. Keine Studie könne zeigen, dass Separation gegenüber Inklusion Vorteile habe. Umgekehrt lasse sich aber beweisen, dass Inklusion für alle Beteiligten Vorteile mit sich bringe: für die Leistungen der Kinder mit Behinderungen wie für die Kompetenzen derer ohne Behinderung.



*Unterschiedliche Beurteilung der Inklusion an Schulen: Christa Steiger und Christa Stewens (rechts)*

Fotos: Haas / Menzel

Die ehemalige bayerische Sozialministerin Christa Stewens plädierte dennoch für einen Fortbestand des Systems von Förder- und Regelschulen. Es müsse vor allem der Elternwille zählen und der sei vielfach für die Förderschulen. Jedenfalls für Blinde brauche es auch weiterhin spezialisierte Förderschulen. Gleichzeitig berichtete sie von ihrem Einsatz für den erblindeten Jungen in der Grundschulklassie ihrer Tochter. Er sei daraufhin in der Regelschule verblieben und zwar ohne Probleme. Schließlich forderte auch Stewens einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung. Darin war sie sich nicht nur mit den Teilnehmern, sondern auch mit der behindertenpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Christa Steiger, einig. Das Parallelsystem der Förderschulen jedoch hat in Steigers Sicht keine Berechtigung mehr. Sie sah für die Förderschulen der Zukunft ein anderes Aufgabenfeld. Sie sollten zu Kompetenzzentren für Lehrer werden, die dann in den Regelschulen Lehrern und Schülern die notwendige Unterstützung zur inklusiven Bildung geben. Schließlich dürfe das Ziel der Inklusion nicht zum Sparprogramm werden. ■

*Michael Spieker*

## **Audimax: Der Rohbau steht Der Deckel ist drauf, das Glas ist dran**



*Rechtzeitig zum ersten Wintereinbruch konnte der Rohbau des Hörsaalneubaus abgeschlossen werden. Die Wände stehen, der Deckel ist drauf und die Glasverkleidung am neuen Wintergarten und dem eigentlichen Tagungsraum ist dran. Jetzt geht es an den komplizierten Innenausbau mit Lüftung, Klimaanlage und Hörsaaltechnik. Damit liegen die Arbeiten noch im Zeitplan und die Eröffnung kann für den Sommer 2011 geplant werden. ms*

*Weitere Bildergalerien finden Sie auf unserer Homepage:  
<http://www.apb-tutzing.de/>*

# Ende des Wirrwars

## Differenzen über die Zukunft der Entwicklungspolitik

**B**ei einer Tagung über die Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit herrschte zwischen den Experten Einigkeit darüber, dass sie nur unterstützen kann und zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen soll. Verantwortung und Eigeninitiative müsse aus den Partnerländern kommen. Über die genaue institutionelle Aufteilung und den Grad der notwendigen Erneuerung der Institutionen und die Konzepte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gab es allerdings unterschiedliche Ansichten.

„Die staatliche Entwicklungspolitik muss vom Rand in die Mitte der Gesellschaft!“ Auch dazu, so Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, diene die Umstrukturierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die bisherigen Einzelorganisationen – GTZ, InWent und DED – werden unter dem Dach der neuen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zusammengefasst. „Wir haben unsere Hausaufgaben nicht gemacht“, meinte Beerfeltz. Die OECD hatte das Wirrwarr der Dreifachstrukturen bemängelt. Zusätzlich gibt es in Deutschland mehr als 3000 entwicklungspolitische Initiativen. Ein Merkmal der neuen Entwicklungszusammenarbeit ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Ein Teil der Investitionen kann entwicklungs-freundlicher und sozialer angelegt werden. Auch ist die bilaterale Kooperation zu verbessern: Good Governance ist nicht das Ergebnis, sondern die Voraussetzung für Entwicklungszusammenarbeit. Insgesamt gehe es darum, weg vom „Suppenschüsselsozialismus“ hin zu Wertschöpfungsketten zu kommen.

### Fokus auf Hilfe

Der GTZ-Geschäftsführer Christoph Beier berichtete von Verschiebungen im Machtgefälle. Die Partnerländer hätten mehr Selbstbewusstsein und neue Interessen. Aus der alten Entwicklungshilfe müsse eine neue internationale Zusammenarbeit werden.

Das Problem: Noch immer liegt der Fokus auf Hilfe. Für die Zukunft gilt aber: „development effectiveness“ statt „aid architecture“. Entscheidend für den Erfolg sind die Beziehungen zu den Entscheidungsträgern in den Partnerländern und die Vermittlung von Know-How. Sie sind bei häufig wechselndem Personal schwer aufrecht zu erhalten. Personenbezogene, bilaterale Zusammenarbeit funktioniere besser.



*Christoph Beier: Innovation bei „grüner Technologie“*

*Fotos: Menzel*

Neben der Regierungsebene müssen aber auch Beziehungen zur Zivilgesellschaft gepflegt werden. Beier verdeutlichte auch die Auftragsorientierung der GTZ: Entwicklungszusammenarbeit müsse sich neue Märkte und Aufgaben erschließen. Hier gebe es Möglichkeiten zur Innovation bei „grüner Technologie“.

Guido Ashoff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik nahm der Begeisterung über die Neuerungen etwas Wind aus den Segeln und betonte, wie gut die bisherige Entwicklungspolitik der Bundesregierung sei. Die entsprechenden Regierungsdokumente seien



*Guido Ashoff: Wirksamkeit der Zusammenarbeit überprüfen*

vernünftig und stellten die internationale Debatte dar. „Der Koalitionsvertrag spiegelt die internationalen Verpflichtungen“.

### Effektivität verbessern

Das institutionelle System allerdings müsse seine Effektivität verbessern. Fragmentierung führe zu Transaktionskosten und Doppelungen. Eine komplette Neuausrichtung würde jedoch die von Deutschland mit gestalteten internationalen Verpflichtungen unterhöhlen. Die Reform der Institutionen solle die Steuerungsfähigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stärken. Die Dezentralisierung von Entscheidungskompetenz erfordere aber auch eine bessere Kooperation mit dem Auswärtigen Amt. Entwicklungspolitik sei grundsätzlich rechenschaftspflichtig, ihre Wirksamkeit ist zu prüfen. In diesem Zusammenhang sei ein unabhängiges Entwicklungsinstitut notwendig. Problematisch sei, dass zu viel Geld in der

multilateralen Zusammenarbeit und damit außerhalb der Kontrolle von Regierung und Parlament ist. Vielleicht, so Ashoff, sollten sich die Vereinten Nationen aus der operativen Ebene heraushalten und nur noch normativ arbeiten.

„Ist Entwicklungszusammenarbeit noch zeitgemäß“ fragt Hartmut Sangmeister von der Universität Heidelberg. Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein 150-Milliarden-Dollar-Geschäft, schafft aber auch viele Arbeitsplätze. Ziel ist es, Entwicklungshemmnisse zu beseitigen und Entwicklungsprobleme zu lösen. Dazu stellen die Geberländer



Hartmut Sangmeister: „Anspruch nicht erfüllt“

finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung – in sehr unterschiedlicher Höhe: Nur die skandinavischen Länder zahlen mehr als die offizielle Rate von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Es gehe aber nicht um die Geldmenge, so Sangmeister, sondern um die Wirksamkeit. Und sein Fazit ist ernüchternd: Der Anspruch, die Probleme der Entwicklungsländer zu lösen, ist nicht erfüllt. Die Armut und die Kluft zwischen Nord und Süd wachsen. Die Länder mit hohem Einkommen erwirtschaften 72 Prozent der globalen Wertschöpfung, Länder mit niedrigen Einkommen nur 0,7 Prozent! Kritiker beklagen, dass Entwicklung nur möglich sei, wo die Rahmenbedingungen stimmen. Wer gute Entwicklungsbedingungen habe, brauche aber keine zusätzliche Hilfe.

Viele Länder hätten ausreichende Voraussetzungen für Entwicklung aus eigener Anstrengung und könnten ihre

Probleme durch die Umschichtung von Ressourcen lösen. Entwicklungshilfe untergrabe Eigeninitiative und erlaube örtlichen Eliten, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Radikale Kritiker meinen, sie sei Geldverschwendug und führe zu Korruption und Armut. Schließlich gehören die meisten Entwicklungsländer zu den „middle income countries“, nur 43 Länder fallen in die Kategorie „least developed countries“.

Es stellt sich also die Frage nach der Legitimation der Entwicklungszusammenarbeit. Soll man die Entwicklungszusammenarbeit einstellen, um so sich „selbstbereichernde Kleptokratien“ zu verhindern? Sangmeister warnte vor der Omnipotenzfalle: Es gehe darum, nur die *zusätzlich* benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Entwicklungszusammenarbeit könne die Innovationsfähigkeit und die Kompetenz von Zielgruppen unterstützen. Es gebe aber keinen Königsweg für Entwicklung und Modelle – auch die soziale Marktwirtschaft – könnten nicht einfach kopiert werden. Die Entwicklungszusammenarbeit müsse sich neu strukturieren und neue Konzepte und Instrumente schaffen.

## Problem Landreform

Ein besonderes Entwicklungsproblem mit erheblichem politischen Ballast ist die Landreform in Südafrika, erklärte Arne Schuffenhauser von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft. Umverteilungen im Besitz von politischer und wirtschaftlicher Macht zu Gunsten der schwarzen Mehrheit waren notwendig. Das Ziel, 30 Prozent des „weißen“ Farmlandes bis zum Jahr 2015 umzuverteilen, gilt als verfehlt. Von 26 Millionen Hektar haben nur knapp 6 Millionen neue Besitzer. Das Problem sei: Umverteilung allein genüge nicht, man müsse auch erfolgreich wirtschaften. 80 Prozent der Projekte scheiterten. Vielen neuen Besitzern fehle landwirtschaftliche Erfahrung. Es geht nicht nur um Qualifikation, Management, Technik und Finanzierung, sondern auch um Wasserrechte und Zugang zu Märkten. Die Fotos von geplünderten und brachliegenden Farmen sprechen Bände.

„Wir machen aus einem Euro aus dem Bundeshaushalt vier Euro“, benannte Yasmin Tawfik den Erfolg der KfW Entwicklungsbank. Sie fördert öffentliche Investitionen, arbeitet also nur mit staatlichen Institutionen zusammen. Um Erfolg zu haben, müsse ein Projekt in das Reformprogramm des Partnerlandes eingebunden sein. Das



Yasmin Tawfik: bessere Koordination der Geber

jemenitische Schulwesen zu unterstützen mache nur Sinn, wenn Bildung einen festen Platz auf der Reform-Agenda des Landes habe. Allerdings müssten sich, so Tawfik, die Geber besser koordinieren und statt einzelner Projektinseln eine Sektorstrategie aufbauen. Im Jemen heißt das: Nicht nur den Bau von Schulen finanzieren, sondern zusätzlich Stipendien, Lehrerfortbildung, Lernmaterialien, Lehrpläne und Lehrergehälter verbessern.

Eva Terberger, Evaluierungsexpertin der KfW, beschrieb sehr lebendig die Probleme der Wirkungskontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit. Es genüge nicht zu prüfen, ob Kinder in der Schule sitzen und ein Lehrer vor der Klasse steht. Die Frage sei, ob und was dort gelernt wird. Ein anderes Beispiel ist die Wasserversorgung. Man kann prüfen, wie hoch der Anschlussgrad ist, wichtiger aber noch ist die Frage, wie viel Wasser fließt und was verloren geht und welche Qualität es hat. Noch problematischer sei die Zielkontrolle: Die Anzahl gebauter Straßenkilometer ist leicht messbar. Ob und wie diese auch zur Armutsbekämpfung beitragen, sei aber eine ganz andere Frage. ■

Saskia Hieber

# Asiatische Länder unter der Lupe

Hohes Niveau bei einem Treffen von Nachwuchswissenschaftlern

**B**eliebte Mythen – etwa ob China inzwischen kapitalistischer als Deutschland sei – hinterfragte Hans van Ess. Der Münchner Sinologieprofessor eröffnete mit seinem Vortrag über die Attraktivität und Nachhaltigkeit des chinesischen Ordnungssystems die 7. Nachwuchstagung – Sommerakademie Asien.

Tatsächlich scheinen Tradition und Kultur in Gefahr. Chinas Bevölkerung ist gespalten angesichts der Modernisierung und dem rasanten Aufstieg. Gerade Intellektuelle und wissenschaftliche Beschäftigte, die trotz Universitätsabschluss nur ein geringes Einkommen haben, beklagen den Verlust egalitärer Strukturen: In den 1970er und 1980er Jahren war es noch etwas „gleicher“ in China und größer, öffentlich gezeigter Reichtum Einzelner undenkbar. Linke Kritiker vermuten, dass die heutige Regierung zu „rechts“ und zu unsozial ist

und es mit dem Sozialismus nicht genau nimmt. Die jetzige Führungsriege kann noch für Ausgleich zwischen den sozialistischen Intellektuellen der 1980er Jahre und den kapitalistisch Orientierten der 1990er Jahre sorgen. So hat Präsident Hu Jintao seine Wurzeln in der kommunistischen Jugendliga. Der wichtigste Modernisierungsschub kam mit Deng Xiaopings Reise nach Südchina 1992. Die eigene Wirtschaftskrise von 1988 und der Tiananmen-Aufstand von 1989 waren überwunden und es flossen große Investitionssummen nach China.

## „Ideologie lebt“

Trotz aller Modernisierung müssen die sozialistischen Schriften aber noch studiert werden, insbesondere an den Universitäten und in staatlichen Institutionen. „Der Sozialismus ist nicht tot, nur weil die soziale Realität etwas an-

deres suggeriert. Im Gegenteil: Die Ideologie lebt“ beschreibt van Ess die politische Atmosphäre in China. Der wirtschaftliche Erfolg legitimiert die chinesische Regierung. Auch nationalistische Strömungen bekommen dadurch Aufschwung. Mehr noch, Chinas heutige wirtschaftliche Entwicklung mildert den Komplex aus den negativen Erfahrungen mit westlichen Mächten



*Hans van Ess kritisierte die Wiederbelebung und Instrumentalisierung des Konfuzianismus*



*Ines Stolpe: 40 Prozent der Menschen in der Mongolei leben unter der Armutsgrenze* Fotos: Menzel

aus dem 19. Jahrhundert. Westliche Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtssituation werden als Rechthaberei abgetan und sind seit dem amerikanischen Krieg im Irak und Afghanistan nicht mehr vermittelbar.

Die Wiederbelebung und Instrumentalisierung des Konfuzianismus kritisieren van Ess, einer der führenden Experten auf dem Gebiet. Einerseits soll dadurch Chinas Image in der Welt verbessert werden, gleichzeitig sollen konfuzianische Ordnungsvorstellungen den Graben zwischen Sozialismus und Kapitalismus kitten. Die Mischung aus Konfuzianismus, Sozialismus und Kapitalismus bringt einige Unvereinbarkeiten mit sich: Konfuzius war gegen bedingungsloses Streben nach Reichtum und das traditionelle China pflegte gewisse Ressentiments gegen Kaufleute. Zuviel Reichtum war nicht ehrenhaft. Dennoch: Eine mehrteilige TV-Se-

rie über Konfuzius und seine Sprüche hat großen Erfolg. Moraleische Erziehung für Kinder und Jugendliche und Religion ist zur Zeit „in“. Die Regierung ist vorsichtiger und allgemein misstrauisch gegen Religionen. Von einer Rückkehr der Tradition in China kann also nur bedingt gesprochen werden, so van Ess. Zur Exportfähigkeit des Konfuzianismus ist festzustellen, so van Ess, dass dies für Exilchinesen attraktiv ist, im Westen braucht man aber eher gute Fachleute als brave Kinder. In China selbst wäre die Konfuzius-Mode beim Ausbruch sozialer Konflikte schnell verschwunden.

Die Mongolei ist ein historischer Präzedenzfall, der aus dem feudalistischen Mittelalter in den Sozialismus katapultiert wurde. Als einer der großen Flächenstaaten Asiens hat sie aber nur drei Millionen Einwohner. Hinzu kommen fünf Millionen, die in der chinesischen Provinz „Innere Mongolei“ leben. Die wirtschaftliche Entwicklung, so Ines Stolpe von der Humboldt Universität Berlin, habe sich verschlechtert: Das Land ist von Platz 61 (im Jahr 1990) des Human Development Index auf Platz 115 abgerutscht.

40 Prozent der Menschen dort leben unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 30 Prozent. In der Eigenwahrnehmung ist die Mongolei aber ein „Zweite-Welt-Land“ – man ist stolz auf eine Alphabetisierungsrate von über 96 Prozent.

Die Mongolei zeichnen positive Merkmale aus. So gibt es keine religiösen oder ethnischen Konflikte, etwa zwischen den muslimischen Kasachen und den buddhistischen Mongolen. Ein weiteres soziopolitisches Phäno-

men ist der Anteil von Viehzüchternomaden von etwa 30 Prozent. Allerdings sind die Übergänge fließend, oft wohnen Teile der Familie mit den Kindern während der Schulzeit in festen Siedlungen, in die sich einige Familien auch im Winter zurückziehen. Die Weideviehwirtschaft erbringt 40 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Problematisch ist der hohe Anteil der Kaschmirproduktion und die hohe Nachfrage im Westen. Die Ziegenhaltung ist ein ökologisches Desaster.

Bergbau ist ein weiterer Wirtschaftsfaktor – ebenfalls ökologisch bedenklich. Erheblich verbessert hat sich die kleinteilige Stromerzeugung in der Steppe durch Sonnenkollektoren in den westmongolischen Wüsten und Windräder in der ostmongolischen Ebene. Die schlechte Stromversorgung ist dennoch ein Problem. Ohne Kühlung müssen beispielsweise Milchwirtschaft und Fleischproduktion schnell eingestellt werden – mit entsprechenden Folgen für die Versorgung.

In der Außenpolitik pflegt Ulan Bator zwar offiziell freundliche Beziehungen zu den beiden großen Nachbarn Russland und China, die Sandwichlage zwischen den beiden Groß- und Militärmächten ist allerdings nicht komfortabel. Durch die kaiserlich-chinesische Kolonialisierung ist die Abneigung gegen Peking immer noch lebendig. Auch Mao hatte noch in den 1950er Jahren die Rückgabe der Mongolei gefordert. Russland dagegen gilt als Schutzmacht. China allerdings ist heute der wichtigste Wirtschaftspartner.

Ums so wichtiger sind die Verbindungen zu Japan, den USA, der EU und ehemaligen sozialistischen Bruderländern, insbesondere Tschechien. Japan spielt hier eine besondere Rolle: Es stellt einen großen Teil der externen Zuwendungen, die 30 Prozent des Nationaleinkommens ausmachen. Außerdem pflegt die Mongolei eine Politik der „aktiven Neutralität“ erläuterte Ines Stolpe. Das Land hat mehrere Schlüsselfunktionen. Es bildet eine Brücke zwischen Ost- und Zentralasien, unterhält gute Beziehungen zur Türkei und hat in Indien einen „Spiritual Neighbour“.

Einzigartig aber sind gute und aktive Beziehungen zum kommunistischen Nordkorea und zur Republik Südkorea. Die Regierung in Ulan Bator praktiziert eine Politik von Dialog und Einbindung. Seit dem Koreakrieg nimmt die Mongolei Waisenkinder auf. Heute sind es Vertragsarbeiter, Sporttrainer (Taekwon-Do) und Ärzte, die in der Mongolei beschäftigt sind. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Südkorea sind noch bedeutender: 80 Prozent der Autos kommen aus Südkorea, viele Mongolen arbeiten in Südkorea. Heute steht die Mongolei vor vielfältigen Problemen: Neue Armut, Korruption, Umweltzerstörung, Ultra-Nationalismus und Alkoholismus.

In Japan entscheidet die politische Administration über die Kooperation mit Wirtschaftsakteuren, erklärte Verena Blechinger-Talcott von der Freien Universität Berlin. Zur Verflechtung tragen die Mischung von formalen und informalen Prozessen und die Intrans-

parenz bei. Doch wie äußert sich diese Verflechtung? Ideen und Personal wechseln zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Parteiausschüssen und Vorstandsetagen hin und her. Spenden ölen den Betrieb. Japan ist ein asiatisches Paradox: Eine stabile Demokratie mit hoher und guter Wirtschaftsleistung bei gleichzeitig hoher Korruption. Das Gefüge wird auch geprägt von einem „Eisernen Dreieck“ zwischen Politik, Wirtschaft und Behörden. Sie sind voneinander abhängig. Dem Modell zu Grunde liegen ein Konsens der Akteure und ein gemeinsames Ziel. Dazu gehören die „Japan Inc.“, die Dominanz der Wirtschaft, der Korporatismus und die sektorale Kooperation von Akteuren. Seit 2009 aber, seit der neuen DPJ-Regierung, die die Jahrzehnte dauernde Herrschaft der LDP ablöste, ist ein abnehmender Einfluss von Parteidaten und verschwiegener Hinterzimmerpolitik zu beobachten. ■

Saskia Hieber

## Zensur als Exportschlager

Chinesische Parallelwelten im überwachten Internet

**„Die Zensur des Internets in China droht zum weltweiten Modell zu werden.“ Dieses erschreckende Bild vermittelte Adrienne Woltersdorf, die Leiterin des chinesischen Dienstes der Deutschen Welle. Dennoch habe sie Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse, sagte sie bei ihrem Vortrag während der „Nachwuchstagung Asien“.**

2000 Tageszeitungen. 8000 Zeitschriften. 380 Fernsehsender. In China gibt es eine kaum überschaubare Zahl von Print-, Funk- und Onlinemedien. Und dennoch ist es der am besten kontrollierte Medienmarkt der Welt. Am Beispiel des Internet erläuterte Woltersdorf die Perfektion des chinesischen Zensursystems.

Zunächst werden alle Daten, die in das chinesische Netz hinein oder aus dem chinesischen Netz hinaus gehen, durch lediglich drei große „Daten-Bahnhöfe“ in Peking, Shanghai und Hongkong geleitet. Sie sind daher vergleichsweise einfach zu kopieren und zu kontrollieren. Gibt ein Nutzer in einem Such-

programm ein Wort ein, das auf der Schwarzen Liste der Regierung steht, hängt sich der Computer auf: beim ersten Mal fünf, dann zehn, dann dreißig Minuten. Außerdem haben die chinesischen Anbieter eine Art Parallelwelt zum westlichen Internet aufgebaut. Sie enthält Pendants mit gleicher Funktionsweise, und daher sind sich viele Chinesen der Zensur gar nicht bewusst. „YouTube und Facebook werden eben nicht vermisst, wenn man stattdessen Goojie und QQ nutzen kann“, sagte Woltersdorf.

40 000 bis 60 000 Zensoren sorgen dafür, dass unerwünschte Inhalte binnen weniger Stunden aus dem Internet

entfernt werden. Auf der anderen Seite gibt es eine Unzahl meist arbeitsloser Akademiker, die sich Geld dazu verdienen, indem sie auf kritischen Internetseiten die Meinung der Regierung darlegen und Zweifel bei den Kritikern säen. Die Leiterin des China-Dienstes der Deutschen Welle erklärte: „So ist die echte von der gesteuerten Debatte nicht mehr zu unterscheiden. Auch

Ausländische Medien können auf einem solchen Markt kaum Fuß fassen – obwohl sie das gerne würden bei Zuwachsraten der Werbeeinnahmen von jährlich 12 bis 15 Prozent. Am spektakulärsten scheiterte der Medienmogul Rupert Murdoch in China. 1996 hatte er einen Sender gestartet, der über Satellit empfangen werden konnte. Voller Überzeugung soll er beim



Begrenzte Vielfalt: Internetcafe in China

wenn ich die Methode nicht gutheißen kann, so muss ich doch sagen: Das ist eine bewundernswerte Technologie. Das ist Zensur auf höchstem Niveau – und es funktioniert.“

Darüber hinaus werden sämtliche Tageszeitungen, Zeitschriften und Fernsehsender vom Propagandaministerium überwacht. Ein Gerücht besagt, dass die Chefredakteure jeden Montag ein Schreiben erhalten, das ihnen vorschreibt, welche Themen sie nicht auf ihre Agenda bringen dürfen. Finanzieren aber müssen sich die chinesischen Medien selbst. So wird der Anschein der Unabhängigkeit gewahrt.

Die Folge des Ganzen erläuterte Woltersdorf so: „Die meisten Chinesen sind zutiefst davon überzeugt, dass ihre Medien viel unparteiischer berichten als die im Westen. Es gibt keinen Dissens in China – und wer eine andere Meinung hat, will dem Staat schaden. Man kann den Chinesen also auch nicht vermitteln, dass von der Regierung bezahlte Programme wie die Deutsche Welle unabhängig berichten.“

Sendestart gesagt haben: „Dieses zentrierte System hat in der neuen, verbnetzten, offenen Welt kein Recht mehr zu existieren.“ Nur einen Monat später verbot die chinesische Regierung Privatpersonen den Besitz von Satellitenempfängern.

### „Soft Power“

Ein System, das so gut funktioniert, kann sich zum Exportschlager entwickeln. „Soft Power“ heißt das Zauberwort. Nachrichten mit offizieller chinesischer Färbung werden heute vermehrt nach außen getragen.

2009 habe die chinesische Regierung neun Milliarden Euro investiert, um ihre Medien in Afrika, Südamerika und im arabischen Raum präsent zu machen. Technisch sind sie so gut ausgerüstet, dass die europäische Konkurrenz vor Neid erblasst. „Es gibt kaum ein Land, das nicht direkt von chinesischen Medien erreicht wird. Sie berichten über alles, was nicht Politik ist, gut und schnell“, sagte Woltersdorf.

Gegen eine solche Übermacht haben es Stationen wie die Deutsche Welle natürlich schwer. Der Internetauftritt kann von China aus nur auf verschlungenen Pfaden erreicht werden. Das Radioprogramm wird über die Kurzwelle ausgestrahlt – die hört zwar kaum noch jemand, doch ist sie zumindest schwer zu überwachen.

### Europäische Sicht darstellen

Über Twitter und Facebook, die in China jedoch kaum genutzt werden (können), wird auf Aktualisierungen im Programm und auf der Homepage hingewiesen. Die neueste Idee der Redaktion: In China verbotene Bücher werden von den Radioleuten vertont und online gestellt. „Es geht darum, die europäische Sichtweise der chinesischen Probleme darzustellen und zu hoffen, dass es zumindest ein paar Hundert Leute lesen und hören“, gibt Woltersdorf offen zu.



Adrienne Woltersdorf: Mehr Meinungsfreiheit durch Internet in China  
Foto: Menzel

Es wurde ein verständliches, wenn auch erschreckendes Bild von der chinesischen Medienlandschaft gezeichnet. Überwacht,zensiert, propagandistisch – das gilt vor allem für politische Inhalte. Sport, Mode, Technik, Lifestyle – diese Themen werden auch in China modern und frisch behandelt. Trotz aller Zensuren und Versuche der Beeinflussung hat das Internet nach Woltersdorfs Eindruck für mehr Meinungsfreiheit in China gesorgt: „Ein zensierte Internet ist ein sehr kompliziertes Internet. Aber es ist ein Internet.“ ■

Sebastian Haas

# Statt Peking nach Tutzing

Sebastian Haas ist der neue Pressereferent der Akademie

**S**ein August ist Sebastian Haas für die Pressearbeit und die Online-Redaktion der Akademie zuständig. Wir sprachen mit ihm über die neue Aufgabe und Privates.

*Report: Gab es vor Tutzing schon Berührungen mit dem praktischen Journalismus?*

Sebastian Haas: Ich habe freiberuflich als Journalist gearbeitet: hauptsächlich für die Passauer Neue Presse und für die Deutsche Presseagentur, wenn es aus Passau Wichtiges zu berichten gab. Während eines Praktikums in der Pressestelle des Bundestags bekam ich Kontakt zur Zeitschrift „Das Parlament“ und habe weiter für die Redaktion geschrieben.

*War es schwierig, die Seiten zu wechseln – vom Journalisten zum Pressereferenten?*

Nein. Die Herangehensweise ist ähnlich. Ich bereite mich auf ein Thema vor, recherchiere, führe Interviews und schreibe Berichte so wie früher. Jetzt nur für ein anderes Medium.

*Was ist spannender: tagesaktueller Journalismus oder Pressearbeit?*

Die Themen der Akademie begleiten mich seit meinem Studium – an dieser Schnittstelle von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Journalismus kann ich in alle Richtungen arbeiten. Das ist interessant und nie langweilig.

*Wird Ihre Baustelle Wissenschaft weiter betrieben?*

Ja. Ich arbeite noch an meiner Promotion über die Preußischen Jahrbücher, eine politische Zeitschrift im 19. Jahrhundert. Mich hat daran gefesselt, wie vor 150 Jahren ein politisch motivierter Journalismus betrieben wurde.

*Bleibt die Wissenschaft eine berufliche Perspektive?*

Eine Karriere an der Universität schließe ich aus. Das Hamsterrad tue ich mir nicht an. Dort kommt man ja noch schwerer unter als im Journalismus.



**Sebastian Haas:** „Die Bandbreite der Akademie ist faszinierend“

Foto: ms

*Gab es in den ersten Wochen Ihrer Arbeit hier etwas besonders Spannendes?*

Mit Themen rund um den Sozialstaat hatte ich mich bisher nicht intensiv beschäftigt. Das Treffen mit Prof. Butterwegge war interessant und wir alle haben herhaft mit ihm gestritten. Demnächst kommen wirtschaftliche und juristische Themen. Es ist immer spannend, wissenschaftliches Neuland zu betreten. Ich bin froh, hier das eigene Spektrum erweitern zu können. Die Bandbreite der Akademie ist faszinierend.

*Wie kann die Pressearbeit der Akademie noch besser werden?*

Die Homepage ist optisch und inhaltlich gut, könnte aber noch präsenter werden und sich mehr auf die sozialen Netzwerke im Internet einstellen. Als nächstes möchte ich einen newsletter einrichten, der alle Interessierten und Journalisten über Neuigkeiten aus der

## Zur Person:

1983 in Stuttgart geboren, nach Abitur und Zivildienst Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und englischen Kulturwissenschaft an der Universität Passau. Von 2005 bis 2009 Redakteursausbildung am Institut für Journalistenausbildung und Stipendiat der Dr.-Hans-Kapfinger-Stiftung.

Akademie informiert. Ich bin auch einer Präsenz bei facebook gegenüber sehr aufgeschlossen. Das wäre eine sinnvolle Ergänzung, um auch jüngere Leute auf uns aufmerksam zu machen.

*Haben Sie privat schon Fuß gesetzt am Starnberger See?*

Ich bin immer noch ein halber Passauer. Immerhin habe ich jetzt ein schönes Zimmer in Tutzing und finde mich gut zurecht. Ich pendle aber immer noch nach Passau: wegen der Promotion und meiner Verlobten, die dort auch promoviert. Vielleicht wandern wir danach ja nach China aus. Das war auch schon im Gespräch.

*Wieso China?*

2008 war ich für die Passauer Neue Presse als Olympia-Korrespondent in Peking. Das war bisher der Höhepunkt meiner journalistischen Arbeit. Meine Verlobte und ich finden die Sprache und das Land in all seinen Widersprüchen faszinierend und sehr reizvoll.

*Und wie lange ist die Verlobte noch Verlobte?*

Wir heiraten im April. Bis dahin und zum Abschluss der Promotion bleibe ich noch mit einem Fuß in Niederbayern. ■

*Das Gespräch führte  
Michael Schröder*

# „Wissen, was ‚drüben‘ ist“

## Zur Geschichte der DDR-Forschung in der Akademie

Die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit sind noch nicht verklungen, der Zustand des politisch-kulturellen Zusammenwachsens ist frisch bilanziert, und gleichzeitig entschwindet die DDR-Vergangenheit immer mehr dem kollektiven Gedächtnis. Das Bild der einstigen DDR verschwimmt – von Mythen, Deutungsansprüchen, Erinnerungskulturen und

Geschichtspolitik zusätzlich verklärt und verschleiert. Im Westen nichts Neues, so möchte man Erich Maria Remarque bemühen: Denn auch in den 1960er Jahren gehörten fundierte Kenntnisse über die offizielle Verfasstheit und den realsozialistischen Alltag im östlichen Teil Deutschlands beileibe nicht zu den Selbstverständlichkeiten der westdeutschen Bevölkerung. Wer wusste schon

Genaueres über die politischen und sozialen Lebensbedingungen jenseits der Mauer, über Menschenbild, Gesellschaftsmodell und Staatsstruktur in Abwesenheit von Freiheit, Rechtsstaat und Pluralismus, über das ganze Ausmaß des totalitären Herrschaftsanspruchs der SED, das mörderische Grenzregime und die desaströse zentrale Planwirtschaft?

Die SBZ oder später die DDR drohte ein weißer Fleck auf der politischen Landkarte der Westdeutschen zu werden und zu bleiben. Eher zaghaft gingen Wissenschaft und Publizistik daran, sich mit dem DDR-System und der Lebensrealität seiner Bürger intensiver zu beschäftigen.

Ganz anders die Tutzinger Akademie: Bereits im April 1959, also etwa einem halben Jahr nach ihrem offiziellen Arbeitsbeginn, veranstaltete sie die erste „Wochenendfreizeit für Flüchtlingsstudenten und -abiturienten aus Mitteldeutschland“. Im Sommer schlossen sich zwei Ferienseminare an. Im Akademieprogramm heißt es: „Für die aus Mitteldeutschland geflohenen Studenten und Abiturienten sind im Bundesgebiet und in West-Berlin halbjährige Sonderkurse eingerichtet worden, die mit einer Ergänzungsprüfung zur mitteldeutschen Reifeprüfung abschließen. In diesen Sonderkursen sollen die jungen Menschen nicht nur ihr schulisches Wissen, vor allem in Deutsch und Geschichte, erweitern, sondern sie sollen auch mit den Gehalten und Methoden freier Wissenschaft und mit den Grundfragen unserer freiheitlichen Lebensordnung vertraut gemacht werden. Da es sich hier um eine pädagogisch und politisch gleichermaßen wichtige und schwierige Aufgabe handelt, veranstaltet die Akademie im Zusammenwirken mit der „Arbeitsgemeinschaft für

Studenten und Abiturienten aus Mitteldeutschland“ ein Ferienseminar für zwei dieser Sonderkurse, worin Fragen der Staatsphilosophie und Gesellschaftslehre, des Bolschewismus und Nationalsozialismus, der Wirtschafts-

mationsaustausch über die Lage der DDR-Forschung, über konkrete Vorhaben und laufende Arbeitsprojekte sowie über künftig notwendige Schritte eines neuen Anstoßes bedürfe. Dieser sollte mit der im September 1967 veranstalteten 1. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland gelingen: Teilnehmer waren in erster Linie Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, die mit Forschungsarbeiten zur DDR befasst waren, daneben Journalisten, Verlagslektoren sowie Politiker. Diese Tagung war die erste ihrer Art in der Bundesrepublik und hat ein vielfältiges Interesse gefunden. Auf Anregung der Akademie fanden weitere jährliche Fachtagungen über Fragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR statt.



formen und Wirtschaftsstile, der Publizistik und des Zeitgeschehens behandelt werden.“

### Neuer Anstoß

Die Akademie machte es sich weiterhin zur Aufgabe, die Probleme der DDR-Forschung in verstärktem Maße aufzugreifen und in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Man war überzeugt, dass der Meinungs- und Infor-

Die meisten Tagungsreferate erschienen zunächst in den regulären Heften des Deutschland Archivs, der Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik. Beginnend mit der 3. DDR-Forschertagung 1970 wurden die Tagungsbeiträge dann in Form von Sonderheften des Deutschland Archivs publiziert. Diese Praxis wurde bis zum 8. Treffen der DDR-Historiker in Tutzing im Jahre 1975 beibehalten. Ab 1976 fanden die jährlichen Zusammenkünfte in der Woche nach Pfingsten nicht mehr in der Akademie statt. ■

Steffen H. Elsner



**Wolfgang Quaisser**  
**Soziale Marktwirtschaft**  
 Standortwettbewerb als Gegenstand  
 der politischen Bildung  
*Tutzinger Schriften zur Politischen Bildung*  
 Schwalbach/Ts. 2010, Wochenschau Verlag, 143 S.,  
 ISBN 978-3-89974609-9

Deutschland stand in den vergangenen zwei Jahrzehnten wirtschaftlich und sozial vor der Herausforderung, die nationale Einheit zu bewältigen sowie Globalisierung und europäische Integration, insbesondere die Osterweiterung, als Chance zu nutzen. Mit der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise kommt eine weitere Bewährungsprobe hinzu. Kritiker halten die Soziale Marktwirtschaft für ein Auslaufmodell, ihren Befürwortern gilt sie als Exportschläger. Vergessen wird vielfach, dass die Soziale Marktwirtschaft kein starres Konstrukt ist, sondern ihre Anpassungsfähigkeit im Zuge von veränderten technologischen und internationalen Rahmenbedingungen schon mehrfach unter Beweis gestellt hat. Der vorliegende Band thematisiert zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen für das deutsche Wirtschaftssystem und stellt sie in den Kontext der politischen Bildungsarbeit der Akademie.



Michael Schröder / Axel Schwanebeck (Hrsg.)  
**Qualität unter Druck**  
 Journalismus im Internet-Zeitalter  
 Baden-Baden 2011, Nomos Verlagsgesellschaft  
 183 S., EUR 19,90  
 ISBN 978-3-8329-6055-1

Die Qualität in den Medien sinkt. Renommierte Journalisten und Medienforscher stellen angesichts einer Gratis-Mentalität im Internet und sinkenden Auflagenzahlen der Zeitungen die Frage nach der Zukunft des Qualitätsjournalismus im online-Zeitalter. Sägen die öffentlich-rechtlichen Anstalten den eigenen Ast ab, indem sie die Privatsender kopieren? Wo bleibt das eigene, gebührenfinanzierte Profil, das sich frei macht vom Schießen auf Marktanteile? Wo liegt die Zukunftsperspektive des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Scheideweg zwischen Qualität und Quote? Fast täglich wird der gedruckten Tageszeitung das Totenglöcklein geläutet. Auflagen und Anzeigenlöse sinken. Die Reichweiten – insbesondere in der jüngeren Generation – zeigen eine steile Abwärtskurve. Wie müssen sich Zeitungen am Markt positionieren, um überleben zu können? Gibt es überhaupt eine Zukunft für die Zeitung im Internetzeitalter? Und was wird aus der Demokratie, wenn die klassischen professionellen Medien ihre Kritik- und Kontrollfunktion nicht mehr erfüllen?

Der vorliegende Band dokumentiert sowohl einen Teil der auf der gemeinsamen Tagung „Qualität unter Druck“ im Dezember 2009 gehaltenen Vorträge, als auch einzelne Beiträge der Tagung „Umbrüche in der Medienlandschaft“ der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom Juli 2010.

**Eine Auswahl der Autoren:**

- |                    |                   |
|--------------------|-------------------|
| Andreas Bönte      | Ulrike Kaiser     |
| Jürgen Doetz       | Volker Lilienthal |
| Ernst Elitz        | Sonia S. Mikich   |
| Volker Herres      | Stephan Russ-Mohl |
| Hans-Jürgen Jakobs | Stephan Weichert  |

## Soziale Marktwirtschaft in der politischen Bildung

**E**in Verdienst dieser Publikation ist, dass Dr. Wolfgang Quaisser, Dozent für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Tutzinger Akademie, die mit der Sozialen Marktwirtschaft verbundenen Fragestellungen und Funktionsprobleme mit Aufgaben der politischen Bildung in Zusammenhang bringt. Demzufolge unterscheidet sich das Buch von anderen Publikationen zu diesem Thema, die sich fast ausnahmslos mit wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Problemen der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft sowie ihrer Umsetzung befassen. ...

In seinen Ausführungen konzentriert sich Quaisser auf die Soziale Marktwirtschaft der Gegenwart. Diese mehr auf Müller-Armack als auf Erhard zurückgehende Variante der Sozialen Marktwirtschaft wurde seit längerer Zeit aus der Sicht einer anscheinend ihr überlegenen angelsächsischen „free market economy“ von deutschen und amerikanischen Autoren einer verheerenden Kritik unterzogen (Seiten 46-48). Die Abwendung der Deutschen von der Sozialen Marktwirtschaft und der Übergang zu einer adjektivlosen Marktwirtschaft ist von ihnen nicht nur prognostiziert, sondern sogar gefordert worden (Seite 48). Im umfangreichen vierten Kapitel des Buchs stellt der Verfasser seine Überlegungen in den Kontext der weltweiten Finanz- und Wirtschafts-

krise der Jahre 2007-2009, was eine Begründung im hohen Internationalisierungsgrad der deutschen Wirtschaft als langjähriger „Exportweltmeister“ findet (Seite 68). Aus der überzeugend dargestellten Analyse der Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft in den Zeiten der Weltkrise zieht der Autor die Schlussfolgerung: „Das noch vor Kurzem prognostizierte En-

de des deutschen Modells kann deshalb ange- sichts der dramatischen Krise der angelsächsi- schen Variante des Kapitalismus nicht mehr glaub- haft vertreten werden“ (Seite 124).

Vom Gesichtspunkt der politischen Bildung ist relevant, dass die beachtlichen Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft von der deutschen Bevöl- kerung nicht gut geheißen worden sind. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass seit 2003 eine konti- nuierliche Abnahme des Vertrauens der deut- schen Bevölkerung in die Soziale Marktwirtschaft festzustellen ist. ...

Abgesehen von der Erwähnung der bundesdeut- schen Schuldenbremse skizziert der Autor vor al- lem Maßnahmen der Prozesspolitik und ihrer oft komplizierten Zusammenhänge, die in der politi- schen Bildungsarbeit erklärt werden sollen. Trotz seiner Feststellung, dass der Ordoliberalismus in dieser Weltkrise sein Comeback erlebt (Seite 111), spielt die Ordnungspolitik im Sinne von Erhard und Wal- ter Eucken, verstanden als Festlegung stabiler und all- gemeingültiger Spielregeln des Wirtschaftslebens – vielleicht mit Ausnahme der internationalen Finanzmärk- te –, eine untergeordnete Rolle. Dies erscheint als der einzige Schwachpunkt an diesem wertvollen Buch, das sehr zu empfehlen ist.

Prof. Dr. Piotr Pysz  
in: Orientierungen zur  
Wirtschafts- und  
Gesellschaftspolitik  
125 (3/2010)



Zeichnung: Tomaschoff

„Wege durch ein Jahrhundert“ will Heinrich Oberreuter mit seinem Buch „Wendezeiten“ für kundige und interessierte Leser bahnen. Es sind einerseits die Wege der zeitgeschichtlichen Forschung, die das 20. Jahrhundert nach allen Seiten untersucht und in seinem Verlauf erhellt hat wie keine andere Zeit zuvor. Es sind andererseits die Wege der Politikwissenschaft, zu welcher der Verfasser selbst grundlegende Beiträge geliefert hat mit Untersuchungen zu Konflikt und Konsens, Normalität und Ausnahmerecht, Parlaments- und Präsidialdemokratie, Medieneinfluss und Medienwirkung. Beides fließt in diesem Buch zusammen: die Geschichte des 20. Jahrhunderts als Horizont unserer politischen Erfahrung – und die normativen und ethischen Fragen, die sich im Ablauf dieser Geschichte immer wieder stellen ...

Es ist im Rahmen einer kurzen Rezension kaum möglich, den Facettenreichtum des weitgespannten Werkes anzudeuten. Es bietet eine ganze Reihe von Lehrstücken zum Thema Geschichte und Politik. Geschichte „geschieht“ nicht einfach, so der Verfasser; sie ist vielfältig von normativen Vorgaben, ethisch-politischen Entscheidungen abhängig. So gab der Wertrelativismus Weimars, der „Vorbehaltspolitik“ (K.D. Bracher) schlechthin,

Heinrich Oberreuter

**Wendezeiten**

Zeitgeschichte als Prägekraft politischer Kultur  
München 2010, Olzog Verlag, 384 S., EUR 29,90  
ISBN 978-3-7892-9290-3

ungewollt den Weg zur Diktatur frei, während wiederum die „wehrhafte Demokratie“ des Grundgesetzes der Relativierung staatlicher Grundnormen bewusst einen Riegel vorschob. Umgekehrt wirken historische Erfahrungen, besonders wenn sie schmerhaft sind, auf unsere Normen zurück: man sieht es gegenwärtig am Zusammenzucken der Nation beim Stichwort „Inflation“. Gebrannte Kinder reagieren nun einmal anders als behütet aufgewachsene Jugendliche, junge Demokratien sind krisenempfindlicher als alterprobte demokratische Gemeinwesen.

Oberreuter ist ein Buch gelungen, das Politikwissenschaftler (und Politiker!) zum historischen Denken anleitet – und Historiker über das Grundsätzlich-Politische nachdenken lässt, das ihnen im Wirbel der Faktizitäten oft entgeht.

Prof. Dr. Hans Maier

in: *Forum Politikunterricht* 2/10 S. 76

„Ohne Zweifel ist historische Erfahrung neben Sprache, Kultur und Religion ein wichtiges Element nationaler Identitätsbildung.“ Der zutreffende Satz stammt vom Autor selbst, von Heinrich Oberreuter. Er ist der politisch interessierten Öffentlichkeit seit Jahren bekannt als besonders kundiger Interpret des politischen Geschäfts. Oberreuter zeigt mit seinem Werk, wie sehr es die Politikwissenschaft bereichert, wenn sie einen weiten historischen, geisteswissenschaftlichen, völkerpsychologischen Bogen schlägt. Der Politikwissenschaftler an der Universität Passau und Direktor der renommierten Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See blickt weit über den Tellerrand seines engeren Fachgebiets hinaus – auf hundert Jahre jüngerer deutscher Geschichtserfahrung: Die gescheiterte erste Republik, die folgenden zwei Diktaturen auf deutschem Boden, das wundersame Gelingen der zweiten Republik zunächst im Westen und seit zwanzig Jahren auch im Osten des Landes. Ein kluges, lehrreiches Buch für jung und alt.

Rheinische Post vom 31. August 2010

... Sein jüngstes Werk versucht eine Gesamtanschau der deutschen Verfassungs- und Politikgeschichte des 20. Jahrhunderts, von der Weimarer Republik bis 1989. Dabei geht es ihm nicht um eine detaillierte monographische Aufarbeitung der Ereignisse, die jeden Rahmen sprengen würde. Schwerpunkt soll vielmehr auf die Interpretation wichtiger historischer Zäsuren und Abschnitte gelegt werden. Oberreuter schildert fundiert, meist auf Grundlage aktueller Forschung, den Untergang der Weimarer Republik, die NS-Diktatur, den so unterschiedlichen Neubeginn nach dem Krieg in Ost und West und schließlich die Friedliche Revolution. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen steht dabei stets die Kraft der historischen Erinnerung. Wie prägen Staats- und Gesellschaftsmodelle die Bürger? Wie gehen neue Gesellschaftsformen mit den Erinnerungen und politischen Mentalitäten um? Oberreuter zeichnet den kulturhistorischen Diskurs um diese Fragen verständlich und gut lesbar nach.

Junge Freiheit vom 2. Juli 2010

Monika Ermert im CT-MAGAZIN vom 12. Juli 2010:

### Bayerns Innenminister fordert „saubere Rechtsgrundlage“ für Vorratsdatenspeicherung

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) appellierte am Wochenende an die Bundesregierung, rasch den derzeitigen „rechtlosen Zustand“ bei der Vorratsdatenspeicherung zu beseitigen. „Wir brauchen eine saubere Rechtsgrundlage“, sagte Herrmann im Rahmen eines Seminars der Akademie für Politische Bildung in Tutzing zum Thema „Angst, Kontrolle, Vertrauen – Datenschutz und Gesellschaft“.

Der Gesetzgeber müsse ja „eigentlich nur das Urteil von Karlsruhe abschreiben, dann ist das Gesetz schon fertig“, sagte Herrmann unter Verweis auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen die Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie in deutsches Recht.

Herrmann argumentierte entschieden für ein Sicherheitsprimat auf der Basis „sensibler Gesetze“. Mit der bayerischen Gesetzgebung, etwa der im Landesparlament verabschiedeten Regelung zur Online-Durchsuchung, sieht sich der Innenminister auf einem guten Weg zu einem sensiblen Umgang mit dem Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit. Im vergangenen Jahr sei die bayerische Regelung zur Online-Durchsuchung kein einziges Mal zur Anwendung gekommen, sagte Herrmann. Von einer Massenanwendung solcher Instrumente oder gar einem orwellschen Überwachungsstaat könne keine Rede sein. Den „will auch wirklich keiner hier“, befürchtigte der Minister.

Größere Bedenken seien in Richtung Privatwirtschaft angebracht, findet Herrmann. Ein Unternehmen wie Google habe heute schon mehr Daten über den Bürger als alle bayerischen Behörden zusammen. Vor Wiederaufnahme von Googles Street-View-Aufnahmefahrten behalte er sich eine stichprobenartige Überprüfung der dafür

abfinden, dass der Staat auf der einen Seite versuche, die Manipulation informationstechnischer Systeme und der Datenströme für unzulässig zu erklären, sich aber andererseits das Recht herausnehme, es für sich selbst zu legalisieren.

Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Jerzy Montag, warnte davor,

verschiedenen Datenschutzinteressen gegeneinander aufzurechnen. „Die Daten sind da, die technischen Möglichkeiten sind auch da“, warnte der Politiker. Damit könne der Bürger so gläsern werden, „dass 1984 geradezu grobschlächtig“ wirke.

Montag fordert, der Bürger solle dem Staat und der Wirtschaft nicht einfach vertrauen, vielmehr müsse das vom Bundesverfassungsgericht im Zuge seines Urteils zur Online-

von Google eingesetzten Fahrzeuge vor, um die datenschutzmäßige Unbedenklichkeit zu überprüfen. Die Erfassung von Daten privater WLANs hatte den Innenminister auf den Plan gerufen.

Noch schützen die Demokratie und der Rechtsstaat die Bürger vor post-orwellschen Überwachungsmöglichkeiten, sagte der Informatiker Hannes Federath von der Universität Regensburg. Er könne sich allerdings nicht damit

Durchsuchung formuliert Grundrecht auf Vertraulichkeit der IT-Systeme ganz konkret in das Grundgesetz aufgenommen werden. „Es gibt ein Postgeheimnis, das ist Kutschenzeitalter“, meinte Montag und forderte stattdessen ein „Grundrecht auf die Integrität meines Mobilcomputers“.

(Siehe Bericht Seite 4)



Datenschutz einmal anders

Foto: Schröder

Werner vom Busch am 12. Juli 2010 in der MAINPOST und in der NÜRNBERGER ZEITUNG:

### Vertrauen ist gut, Kontrolle besser

Tagung befasst sich mit dem weiten Feld von Datenschutz und Datenmissbrauch

Schließen wir einen Pakt mit dem Teufel, wenn wir uns in die „Umsonst-Welt“ des Web einklicken? Allenthalben lauern Trojaner, Hacker, Kriminelle, die mit ihren Machenschaften im Netz einen Umsatz erreichen, der den des Drogenhandels bereits hinter sich gelassen hat.

„Angst, Kontrolle, Vertrauen – Datenschutz und Gesellschaft“ hieß die Konferenz, die in diesen Tagen in der Akademie für Politische Bildung im bayerischen Tutzing stattfand. Datenschutzbeauftragte, Akademiker, die mit dem Thema befasst sind, nicht zuletzt aber Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sowie der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) waren unter den Dozenten.

Die Justizministerin lobte das gute Timing von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Sie forderte die versammelten Datenschützer auf, ihren Sachverstand einzubringen, Anregungen zu geben und Kritik zu äußern. Sie hätten hier die einmalige Gelegenheit, in das Gesetzgebungsverfahren noch ihre Impulse einzugeben. Derzeit steht eine Neufassung des Beschäftigten-Datenschutzgesetzes an. Man kennt die Skandale der vergangenen Jahre – ob bei der Telekom, der Bahn oder bei Daimler: Hemmungslos wurden Daten über Angestellte gesammelt, Bluttests angeordnet, Videoüberwachungen verfügt. Ziel der Koalition sei es, das Feld nicht der Rechtsprechung zu überlassen, sondern die Probleme im Datenschutz durch Gesetze zu regeln, so Leutheusser-Schnarrenberger.

Im Prinzip gelte die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen. „Den gläsernen Angestellten darf es nicht geben“, so die Ministerin. „Wer sich im Netz in einen geschützten Raum begibt, der darf dort nicht ausgeforscht werden.“

Dem setzte der bayerische Innenminister entgegen, dass es ohne Sicherheit keine Freiheit geben könne. Joachim Herrmann bedauerte, dass Telefonaten nun nicht mehr länger gespeichert werden dürften. Datenschutz solle es „in erforderlichem Maß geben“. Angesichts der terroristischen Bedrohung müssten staatliche Behörden auch Zugriff auf die PCs haben. „Es ist wichtig, dass wir solche Instrumente haben.“

Jerzy Montag von den Grünen wurde bei dieser digitalen Einkreisung des Bürgers Angst und bange: „Mogli im Dschungelbuch in der Umklammerung durch die Schlange Kaa, das ist der Bürger heute in der digitalen Welt“, so der grüne Bundestagsabgeordnete.

Vertrauen, meinte der Regensburger Informatiker Hannes Federrath, dürfe in der digitalen Welt nur dort eingesetzt werden, wo keine letzte Sicherheit erreicht werden könne. Im Prinzip gelte: Je effektiver die Kontrolle, desto stärker werde auch das Vertrauen der Web-Nutzer sein.

#### „Das Web vergisst nichts“

Eine bessere Aufklärung über Möglichkeiten und Gefahren des Web for-

derte der Datenschutzbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, Edgar Wagner. Genauso wie es Verkehrsunterricht in der Schule gebe, müsse dort auch der Umgang mit dem Internet gelehrt werden. Viele der jüngeren Schüler wüssten nicht, worauf sie sich einliessen, wenn sie Social-Networks beitreten. „Das Web vergisst nichts“, auch nicht einen besoffenen Auftritt auf einer Party, den ein potenzieller Arbeitgeber dann Jahre später noch sehen könnte. „Die Netzgiganten sind die Fürsten unseres Zeitalters und wir die höfische Gesellschaft 2.0.“, findet Wagner. Nicht Menschenfreundlichkeit sei der Antrieb dieser Firmen, sondern Gewinnstreben. Und das Netz sei mitnichten umsonst: „Unsere persönlichen Daten sind die Währung, in der gezahlt wird.“

Am Ende der Tagung stand die Erkenntnis, dass das Verhältnis von Datenschutz zum Ge- und Missbrauch von Daten der Geschichte von Hase und Igel gleicht: Angesichts der Möglichkeiten und der Finanzmacht von Firmen wie Microsoft, Google oder Facebook, aber auch der Internet-Kriminellen, sind diese Gruppen dem Datenschutz immer einen Schritt voraus.

Wer also ohne größere Verluste die fantastischen Möglichkeiten des Web nutzen will, muss die Regeln kennen. Er sollte dabei vor allem auf Kontrolle und erst als letztes Mittel auf das Vertrauen setzen.

(Siehe Bericht Seite 3)

Monika Ermert in HEISE-ONLINE vom 11. Juli 2010:

### Noch viele offene Fragen beim geplanten Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz

Eine gesetzlich geregelte Möglichkeit für Unternehmen, heimlich Daten ihrer Mitarbeiter zu erheben, muss nach Aussage von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger noch einmal überdacht werden. Die Justizministerin reagierte damit auf Kritik an Neuregelungen für den Beschäftigtendatenschutz im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) bei einer Podiumsdiskussion der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. „Vielleicht sollten wir von solchen heimlichen Maßnahmen weg kommen“, so die Ministerin gegenüber heise online. Zuvor hatte sie heimliche Überwachungen als „ultima ratio“ bezeichnet.

Leutheusser-Schnarrenberger berichtete im Rahmen der Expertentagung über die noch andauernde Abstimmung zum Beschäftigtendatenschutz zwischen den beteiligten Ministerien für Justiz, Wirtschaft und Arbeit sowie dem federführenden Innenministerium. Seit mehr als einem Jahrzehnt steht die Schaffung von Regeln für den Beschäftigtendatenschutz auf der politischen Agenda. Nach der Verabschiedung des knappen Paragraphen 32 BDSG 2009 soll jetzt eine ausführliche Regelung her.

#### „Stufenkonzept“

Grundsätzlich befürwortet die Ministerin ein „Stufenkonzept“ für Datenerhebungen durch die Arbeitgeber. Erst wenn ein konkreter Tatverdacht besteht, sollen auch personalisierte Daten überprüft werden können, zuvor allenfalls anonymisierte Stichproben möglich sein. Heimliche Maßnahmen

bis hin zur Bespitzelung durch Detektive oder heimliche Videoaufnahmen dürften nur in erklärten Ausnahmefällen zugelassen werden. Zudem müsse es auch in Unternehmen einen Kernbereichsschutz geben, mahnte Leutheusser-Schnarrenberger. Auch wenn es beim Beschäftigtendatenschutz um das Verhältnis zwischen privaten Partnern gehe, habe der Gesetzgeber dafür zu sorgen, dass es auch hier keinen „grundrechtsfreien Raum“ gebe.

#### Klare Grenzziehungen

Wann der Entwurf der BDSG-Novelle ins Kabinett gehe, konnte die Justizministerin vorerst nicht sagen. Eine ganze Reihe von Punkten sind noch strittig zwischen den Ministerien. So hätte das Justizministerium gerne eine Klarstellung, dass Arbeitgeber keine Sachwalter staatlicher Strafvermittlungsinteressen sein könnten. Klare Grenzziehungen befürwortet das Justizministerium ausserdem bei Internetrecherchen und Gesundheitschecks vor Einstellungsgesprächen. Was offen im Netz zugänglich sei, das dürfe auch ein Personalchef sehen, sagte Leutheusser-Schnarrenberger, er dürfe sich aber nicht in ein soziales Netzwerk „einschleichen“.

Stefan Brink, verantwortlich für den Datenschutz in der Privatwirtschaft beim Landesdatenschutzbeauftragten in Rheinland-Pfalz, erinnerte daran, dass die Nutzung von Daten aus sozialen Netzwerken zum Zweck des Bewerberscreenings häufig auch deren Nutzungsbedingungen widerspreche. Brink warnte, der jetzt geplante Para-

graph 32 d befürworte eine Aufhebung der Zweckbindung von Daten, die der Arbeitgeber über seinen Mitarbeiter gesammelt habe. Eine Kontonummer habe letzterer angegeben, damit sein Gehalt bezahlt wird und nicht für rasterfahndungs-ähnliche Maßnahmen zur Prävention von Korruption. Er befürchte die Umsetzung des Prinzips von den „Ohnehin-da-Daten“ durch den neuen Paragraphen 32 d. Leutheusser-Schnarrenberger sagte, auch dieser Punkt müsse im Entwurf noch einmal geprüft werden.

Brink warnte generell davor, die Errungenschaften des „alten“ Paragraphen 32 gleich wieder über Bord zu werfen. Unter anderem durften Arbeitgeber danach nur dann die Daten ihrer Arbeitnehmer ausforschen, wenn ein klarer Verdacht zu einer Straftat vorlag, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis bestand. Im Neuentwurf zu dem in der Wirtschaft überaus unbeliebten Paragraphen 32 darf sich der Arbeitgeber auch beim Verdacht auf Ordnungswidrigkeiten aus den Daten seines Mitarbeiters bedienen. Brink kritiserte die Strategie der Panikmache auf Seiten der Unternehmen, die die Mitarbeiter praktisch zu „natürlichen Feinden“ der Unternehmen abstempeln, die nur durch umfassende Überwachung bis hin zur dauernden Videoüberwachung im Zaum gehalten werden könnten.

(Siehe Bericht Seite 3-6)

Dorin Popa am 17. Juli 2010 auf: <http://nice-bastard.blogspot.com/2010/07/jochen-wegner-23-thesen-zur-zukunft-der.html>

## 23 Thesen zur Zukunft der Medien

von Jochen Wegner

Anlässlich der Tagung „Umbrüche in der Medienlandschaft“ in der Akademie für Politische Bildung Tutzing hat Jochen Wegner gestern nicht nur den Screenshot des zukünftigen Focus-Online-Looks präsentiert (Transformation!), sondern auch „23 Thesen zur Zukunft der Medien“ (Thesen wortwörtlich, die ihnen nachgestellten Erläuterungen in Klammern aus dem Gedächtnis nacherzählt, wobei ich sie laufend update, wenn ich mich wieder an neue Details erinnere):

1. Journalistische Qualität ist keine Frage des Substrats. (z.B. Print, Radio, Fernsehen, Online)
2. Journalistische Qualität ist eine Frage der Ressourcen.
3. Die Reichweite vieler digitaler Töchter übertrifft bald die der analogen Mütter.
4. Die Erlöse digital: analog verhalten sich wie 1:10. (Focus Online z.B. verdient ein Zehntel von dem, was die Printredaktion erlöst. International hat Wegner bei anderen Redaktionen ähnliche Zahlenverhältnisse recherchiert.)
5. Das Internet hat keinen Geburtsfehler.
6. Das Kernprinzip des Internet ist Effizienz.
7. Die freie Presse ist nicht gottgegeben. (Sie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern man muss darum, dafür kämpfen.)

8. Journalisten müssen Unternehmer werden.

9. Der Artikel wird zum Geschäftsmodell – und darf es keinesfalls werden. (z.B. Publishing-Sites wie ehow.com, aber auch sonst durch die Verknüpfung mit Google Ads. Das funktioniert hervorragend bei Service-Artikeln, aber wer will in Zusammenhang mit Kriegsberichten aus Afghanistan werben?)

10. Nur originäre Inhalte haben eine Zukunft. (Bislang extreme Redundanz. Bei der Arbeit an nachrichten.de ist Wegner aufgefallen, wie hunderte deutschsprachiger Anbieter, darunter auch namhafte Redaktionen, oft identische Agenturtexte online stellen.)

11. Die neue Ökonomie der Medien gleicht der Ökologie des Regenwalds. (Prächtig gedeihen die Baumriesen und das – teils parasitäre – Kleingewächs am Boden. Wie im Regenwald stirbt aber der Mittelbau in den Medien aus. Das Dumme ist nur, daß dort die meisten Journalisten arbeiten.)

12. Zeit, Ort und Substrat verlieren ihre Bedeutung. (Ob man z.B. die Tagesschau um 20 Uhr live im Fernsehen, zeitversetzt am Rechner oder auf dem Handy erlebt, ob man eine Serienepisode im Fernsehen, als VoD oder auf DVD anschaut, spielt immer weniger eine Rolle. Ausnahmen sind Fernsehübertragungen mit Eventcharakter wie der „Tatort“ oder Fußballspiele.)

13. Niemand braucht Print, Radio und TV.

14. Neue Medien verhalten sich parasitär.

15. Print, Radio und TV werden noch lange leben. (Rieplsches Gesetz)

16. Parasitismus ist kompliziert.

17. Es entstehen permanent neue Medien...

18. ... mit völlig neuen Metaphern.

19. ... und neue Formen der Monetarisierung.

20. Ein Ökosystem digitaler Magazine entsteht. ...

21. Viele Mittelsmänner werden ausgeschaltet. (z.B. Kiosk, Zeitungsasträger.)

22. Die digitalen Medien haben längst nicht zu sich gefunden ...

23. ...und werden noch sehr oft transformiert.



Zeichnung: Mester

(Siehe Bericht Seite 9-11)

Thomas Mrazek in BJVreport 4/2010:

### Mahnur an die Neandertaler Nachdenkenswerte Prognosen zur Zukunft des Journalismus

... Pointiert und mit viel aktuellen Informationen gespickt leitete der Hamburger Medienwissenschaftler Stephan Weichert an seinem 37. Geburtstag die Tagung ein: „Dem Journalismus geht's an den Kragen“ lautete der Titel seines Vortrags (online bei Kress.de: [tinyurl.com/kress-kragen](http://tinyurl.com/kress-kragen)).

Weichert, der an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation Journalismus lehrt, sparte nicht mit Kritik an unserem Berufsstand: „Ich habe die Journalisten wegen ihrer Resistenz – oder sagen wir: der anhaltenden Blindheit gegenüber der eigenen Zukunftsfähigkeit – kürzlich etwas zugespielt als ‚die Neandertaler der digitalen Ära‘ bezeichnet.“ Die Neandertaler sind bekanntlich ausgestorben, weil sie sich nicht weiterentwickelt und fortgepflanzt haben. Weichert folgerte: „So wird es auch den Journalisten ergehen, wenn sie sich nicht für die digitale Zukunft im Netz wappnen und intellektuell-handwerklich offener werden für neue Wege und Möglichkeiten.“ Indes, was die Finanzierung von Journalismus anbelangt, konnte auch Weichert auf keine – zumindest hierzulande – umsetzbaren Lösungen verweisen.

„It's the economy, stupid!“, war öfters von den Referenten dieser Tagung zu hören. Da machte auch Focus-Online-Chefredakteur Jochen Wegner keine Ausnahme. Mittlerweile hätten die „digitalen Töchter“ ihre „analogen Mütter“ in der Reichweite bereits übertroffen, beschrieb er einen wesentlichen Aspekt des Medienwandels. Die Erlöse aus dem Internet würden allerdings nur zehn Prozent der Erlöse aus dem Printsektor betragen. Wegner, der zugleich als Geschäftsführer der Tomorrow Focus Portal GmbH fungiert, prognostizierte, „dass es nächstes Jahr ein, zwei große Tageszeitungen erwischen wird“.

„Ein Ende des Niedergangs der gedruckten Presse ist nicht in Sicht“, analysierte – mit aussagekräftigem Zahlenmaterial belegt – der Dortmunder Medienforscher Horst Röper den Zustand der deutschen Zeitungen. Die Printmedien seien dem Markt ausgesetzt – der Markt habe aber versagt. Es bestehe nun die Gefahr, dass es zu „Dysfunktionen“ komme: „Wir brauchen daher eine Medienpolitik, die durch aktive Eingriffe zum Erhalt der Vielfalt beiträgt“, forderte Röper. Eine „Rettung aus dem Internet“ sei nicht

in Sicht. So habe etwa eine Studie zu 60 lokalen Online-Angeboten ergeben, dass diese wirtschaftlich „äußerst fragil“ seien. ...

... Ein trübes Bild von den Zuständen in seinem Verlag zeichnete der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Hans Werner Kilz: „Wir sind heute 100 Redakteure weniger als vor acht Jahren. Es fängt an, die Marke zu beschädigen.“ Der altgediente Zeitungsmann ließ es sich nicht nehmen, explizit auf von ihm ausgemachte negative Randerscheinungen hinzuweisen: Bürgerjournalismus sei „Nonsense“, der unseinen Beruf entwerte, wikipedia habe er seiner Redaktion vor drei Jahren als Quelle verboten und Twitter sei einfach nur „ein Scheißdreck“....

(Siehe Bericht Seite 9)

Thomas Mrazek in BJVreport 5/2010:

### Unter lauter Guten Tutzinger Tagung zur „Journalistenausbildung im Umbruch“

... Um es salopp auszudrücken: Beim Tutzinger Gedanken- und Erfahrungsaustausch unter Hochschullehrern, Ausbildern und Journalisten waren nur „Gute“ vertreten. Über „schwarze Schafe“ oder „Wildwuchs“ sprach man allenfalls in den Kaffeepausen – off the records. Unter den rund 30 Teilnehmern fehlte allerdings eine Zielgruppe, die natürlich zum Diskurs eingeladen war: Studenten und Journalistenschüler. Vielleicht haben sie einfach nicht die Zeit gefunden, denn mittlerweile sind manche Ausbildungen auch im universitären Bereich zu einem Vollzeitjob geworden. „Die müssen ganz schön ackern“, beschrieb Professor Heinz Pürer die Bedingungen des viersemestrigen Materiastudiengangs Journalismus, der seit dem Wintersemester 2008/2009 an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) gemeinsam mit der Deutschen Journalistenschule (DJS) angeboten wird. Auf die 45 Studienplätze bewarben sich zuletzt 1900 interessenten. Zugangsvoraussetzungen

für den Studiengang sind ein abgeschlossenes Studium und das Bestehen einer Aufnahmeprüfung oder eines „Eignungsfeststellungsverfahrens“. Problematisch sei es gewesen, den Studiengang „bolognakonform“ zu gestalten, schilderte Pürer. Der Bologna-Prozess bezeichnet – laut Wikipedia – ein politisches Vorhaben zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulwesens bis zum Jahr 2010. Was sich für den Außenstehenden vielleicht durchaus vernünftig anhören mag, bedeutet für die meisten Lehrenden einen immensen zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Außer den akademischen Vorgaben mussten die Münchener bei der Einrichtung des Studiengangs auch eine umfangreiche praktische, crossmediale Ausbildung an der DJS in das enge Zeitkorsett integrieren. Aber allein die Qualität der bisherigen Abschlussarbeiten überzeugte Pürer vom Erfolg dieses Studiengangs. Probleme auf dem Arbeitsmarkt hätten die Absolventen keine. ...

(Siehe Bericht Seite 12)

Alexander Kissler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 1. Juli 2010:

### Mit Illusionssyndrom Tutzing tagte zum kulturellen Fundament der Wirtschaft

... Der wortgewaltige Ulrich Blum, von der Akademie für Politische Bildung nach Tutzing gebeten, nutzte das Podium für weitere Sottisen. Die finanziellen Krisen dieser Tage zeigten, dass die zentrale Frage in Unternehmen wieder lauten müsse: „Wie generiere ich Gewissen?“ Nur dann nämlich, bei umfassend gewissenhafter Unternehmensführung und also auch persönlicher Verantwortlichkeit, ließen sich Exzesse verhindern und „halbkriminelle Strukturen“ einhegen, wie sie etwa in den deutschen Landesbanken vorlägen.

Gewissensbildung, Gewissensschärfung könnte auch ein Gegenmittel sein gegen die vorherrschende „sehr bequeme Philosophie“ vieler Manager. Diese seien Existentialisten, halbverständene Nachfahren von Sartre und Camus, denen die Existenz vor aller Essenz gehe. Das Wesen einer Sache interessiere sie nicht, sie handelten nach dem irrgen Grundsatz, alles tun zu dürfen, sofern nur sie persönlich es verantworten könnten. Mit einer solchen Einstellung aber, urteilte Blum scharf, ließe sich auch das Treiben von SS-Schergen und Gulag-Wächtern exkulieren. ...

Alle Beiträge durchzog die mal düster geraunte, mal froh verkündete Grundannahme, Staat und Markt seien an einem Endpunkt angelangt. Es sei nicht nur etwas faul im Staate, das Morsche vielmehr sei das Ganze. „Holland in Not“, schloss Blum seine finale Aussicht, der nächste Krisenschub sei bei den Staatsanleihen zu erwarten, denen er eine 30 bis 40-prozentige Abwertung prophezeite. Da ist es an der Zeit, im vielleicht gerade noch möglichen Augenblick die Systemfrage zu stellen. Sind folgenblinde Manager und trick-

sende Politiker nicht Ausnahme, sondern Regel im wirtschaftsliberalen Säkulum, das in seiner bisherigen Form zu Grabe zu tragen die Tutzinger Diskutanten entschlossen waren?

Die vor diesem Hintergrund dankbare Aufgabe übernahm der Volkswirtschaftler Karl Georg Zinn. In Form einer Generalabrechnung, an der Karl Marx seinen Gefallen gehabt hätte, schalt der Professor emeritus den Wirtschaftsliberalismus als die „kulturelle Grundlage der modernen Ökonomie“. Der von ihm „Chicago-Liberalismus“

genannte Neoliberalismus der zurückliegenden drei Dezennien sei fast das Gegenteil von Liberalität, nämlich eine „Rechtfertigungsideologie der Konkurrenzgewinner“. Er habe eine „Wirtschaftsordnung der Reichen und Superreichen“ etabliert und dabei die Grenzen zwischen legaler und krimineller Wirtschaft verwischt.

Schon Adam Smith, der Ahnherr des Wirtschaftsliberalismus, habe übersehen, dass der freie Markt auch parteiell sei „zugunsten der Rücksichtlosen, Listigen, Hinterhältigen, Betrügerischen“ ...

(Siehe Bericht Seite 16)

Starnberger Merkur vom 27. Juli 2010:

### Visionen im Jahr vor dem Chefwechsel

... Pünktlich zum Sommerfest kam die Betondecke auf den in Bau befindlichen neuen Hörsaal der Akademie für Politische Bildung. Nachmittags wurde sie fertig, abends wurde mit fast 300 Gästen gefeiert. Akademiechef Heinrich Oberreuter konnte sogar dem Dauerregen Positives abgewinnen: „Beton muss man feucht halten, sonst wird der spröde.“

Seit Jahren ist Oberreuter entschlossen, den Hörsaal in seiner Amtszeit einzuführen, und das dürfte klappen: Mitte 2011 soll er bezugsfertig sein, bis November 2011 steht Oberreuter an der Spitze. In Hinblick auf die Zukunft scheint er gelegentlich schon Visionen zu haben, denn bei beiden Tutzinger Akademien steht im nächsten Jahr der Chef-Wechsel an, auch bei der Evangelischen – eine echte Doppel-Zäsur. Über seine eigene Nachfolge sagte Oberreuter in seiner Ansprache nichts. Aber eine Seitenbemerkung zu Friede-

mann Greiner, seinem Kollegen von der Evangelischen Akademie, für den kürzlich Margot Käßmann spekulativ als Nachfolgerin genannt worden war, konnte er sich nicht verkneifen. Im Traum habe er mit Greiner und Frau Käßmann bei Regen beim Sommerfest gesessen. Bei der Evangelischen Akademie soll die Ex-Bischöfin ja schon abgewunken haben. Bei der politischen Akademie wurde sie nicht gesehen, diesmal jedenfalls.

Bevor's an die allgemeine Konversation ging, machte Oberreuter dann noch kurz, aber deutlich seinen Unmut über die Zustände in der Bundesregierung Luft. Ihre Stabilität scheine eine immer geringere Rolle zu spielen, die „interkoalitionären Konflikte“ brodeln. Das ist gleich ein Thema für die Akademie: Sie wird sich nach Oberreuters Worten im nächsten Jahr mit den Herausforderungen und Gefährdungen der Demokratie beschäftigen.

# Themen Tagungen Termine

**Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!**

J a n u a r

- 2-2 12. – 14. Januar  
**Neue Herausforderungen in Entwicklungsregionen**  
In Zusammenarbeit mit der Vereinigung landwirtschaftlicher Auslandspraktikanten  
Leitung: Saskia Hieber / Anton Geißler  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

3-1\* 17. – 21. Januar  
**Fakultas Sozialkunde: Fachdidaktik**  
Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien  
3. Sequenz / 5. Lehrgang  
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Evelin Mederle  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

3-2 21. – 23. Januar  
**Feindbild Islam und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich**  
In Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam  
Leitung: Michael Spieker / Julius H. Schoeps  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

4-1\* 24. – 26. Januar  
**Internationale Herausforderungen**  
In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauen-Bund, Landesverband Bayern  
Leitung: Stefan Köpl  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

4-2\* 26. – 28. Januar  
**Fortbildung Internationale Politik**  
In Zusammenarbeit mit der Sanitätsakademie der Bundeswehr  
Leitung: Saskia Hieber / Karlheinz Romeis  
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

5-1\* 31. Januar – 2. Februar  
**Argumente gegen rechte Parolen**  
In Zusammenarbeit mit der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“  
Leitung: Michael Schröder / Chong-Sook Kang  
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

#### E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## F e b r u a r

---

6-1\* 7. – 11. Februar

**Fakultas Soziakunde: Internationale Politik**

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Soziakunde an Gymnasien

4. Sequenz / 2. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

6-2\* 7. – 11. Februar

**Die Europäische Union und ihre aktuelle Entwicklung**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Stefan Köppl / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

6-3 11. – 13. Februar

**US-Sport History as Political-, Social-, and Cultural History**

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien

Leitung: Saskia Hieber / Melanie Henne / Olaf Stieglitz

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

7-1 18. – 20. Februar

**Zukunft ohne Demokratie? Ordnungsmodelle in Asien und Lateinamerika**

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

8-1\* 21. – 25. Februar

**Politik und Ethik: Recht und Gerechtigkeit**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldungen über die Akademie Dillingen*

8-2\* 21. – 25. Februar

**Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

9-1\* 28. Februar – 2. März

**The United Kingdom after the election**

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldung: Städtische Schulen über PI, andere direkt an uns*

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## M a r z

---

9-2\* 2. – 4. März

**Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?**

Leitung: Michael Spieker / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

10-1 11. – 13. März

**Quellen der Orientierung – Moral, Recht, Religion**

Leitung: Gero Kellermann / Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-1\* 14. – 18. März

**China und Indien: Gestalten Asiens „Riesen“ die Welt?**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

11-3 16. – 18. März

**Lust auf Recherche**

Werkstattseminar für Journalisten

Leitung: Michael Schröder / Jochen Reiss

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-2 18. – 19. März

**Direkte Demokratie – Forschungsstand und Perspektiven**

Leitung: Stefan Köppl / Uwe Kranenpohl / Eike-Christian Hornig

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

12-2 21. – 25. März

**Philosophische Studienwoche**

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-3 25. – 27. März

**Globale Wirtschaftskrisen: Die Politik als getriebene oder gestaltende Kraft?**

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

13-1\* 28. März – 1. April

**Geschichte an der FOS/BOS – der neue Lehrplan**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: N.N. / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## A p r i l

---

13-2 1. – 3. April

**Vernunft, Recht und Staat im Christentum**

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

14-1 8. – 10. April

**Regieren unter Druck**

Politische Führung in der Stimmungsdemokratie

Leitung: Stefan Köppl / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

15-1\* 11. – 15. April

**China und seine Rolle in der Welt**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

15-2\* 11. – 15. April

**Eine Bilanz der EU-Osterweiterung und  
Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

## M a i (Vorschau)

---

18-1\* 2. – 4. Mai

**Grundfragen der politischen Bildung an Realschulen**

18-2\* 4. – 6. Mai

**Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen**

18-3\* 4. – 6. Mai

**Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts**

18-4\* 4. – 6. Mai

**Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts**

Lehrerfortbildungen mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

*Anmeldungen über die Akademie Dillingen*

# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** wurde erneut in den Senat der Hochschule für Politik in München gewählt. In Berlin nahm er anlässlich der Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Fokus von Politik und politischer Bildung“ an einer Podiumsdiskussion mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière u. a. teil. In Salzburg referierte er bei der 6. Konferenz Europäischer Regionen über die Bedeutung von Regionaluniversitäten. In Freiburg leitete er die Sektion für Politische Wissenschaft und Kommunikationswissenschaft anlässlich der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft. Bei der First Annual International Conference „Parliamentary Readings“ in Kiew hielt er die Einführungsvorlesung über Parlamentarismus in vergleichender Perspektive. Anlässlich der Sommeruniversität der LVHS Freckenhorst las er über die Inszenierung der Politik in den Medien. Daneben referierte er bei einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung in Passau über Glaubwürdigkeit und Vertrauen als aktuelle Problemfelder der Politik und sprach beim deutsch-afrikanischen Stipendiatenaustausch in Seeon über Geschichte und gegenwärtige Herausforderungen politischer Strömungen und Parteien. Im Hohenschwangauer Geschichtsseminar des Kultusministeriums analysierte er, inwiefern die 60er Jahre eine politisch-kulturelle Zeitenwende darstellten. Auf Einladung des Wirtschaftsbeirats Bayern referierte er in Tittmoning über Politik und Moral. In Feldafing hielt er die Gelöbnisrede anlässlich der feierlichen Ernennung von Reserveoffizieren.

### KURATORIUM



**Prof. Günther Goth**, seit 2008 Vorsitzender des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft, ist als Nachfolger der verstorbenen Renate Herrmann zum Kurator ernannt worden. Als Diplom-Rechtspfleger war Goth von 1970 bis 2008 in verschiedenen Funktionen für die Siemens AG tätig. Dabei wurde er nach der Übernahme der Nixdorf Computer AG durch Siemens im Jahr 1990 für fünf Jahre als Personalvorstand der Siemens-Nixdorf-Computer AG nach Paderborn berufen. Aus dieser Zeit röhrt sein Engagement für die Universität Paderborn, die ihn 2009 zum Honorarprofessor ernannte. Bis Ende September 2007 war er Corporate Vice President und Leiter Corporate Personnel Germany bei der Siemens AG in München.

### KOLLEGIUM

**Dr. Ondrej Kalina** bietet im Wintersemester 2010/2011 an der Universität Passau ein Seminar zum Thema „Strahlkraft Europas: Europäisierungstrends in den neuen Mitgliedsländern und Anwärterstaaten im Beitrittsprozess und im politischen Unions-Alltag“ an.

**Dr. Gero Kellermann** moderierte in München eine Veranstaltung über das Thema „Der Bologna-Prozess – Scheitern eines europäischen Großprojekts?“.

**Dr. Michael Spieker** sprach in Hagen auf einer interdisziplinären Tagung zur Aktualität der Rechtsphilosophie von J.G. Fichte. Am Celtis-Gymnasium in Schweinfurt hielt er einen Vortrag zu Grundlage und Bedrohungen des Sozialstaats. Im Wintersemester gibt er an der Universität Freiburg ein Seminar zur Philosophie der Bildung.

### HAUSWIRTSCHAFT

**Heike Kindermann** hat ihre Ausbildung zur Hauswirtschafterin erfolgreich abgeschlossen. Sie ist bereits seit Mai 2008 in der Küche der Akademie beschäftigt und erwarb jetzt auf dem 2. Bildungsweg diese neue Qualifikation. Dazu musste sie 18 Monate lang einmal pro Woche nach Landsberg am Lech in die Schule fahren.

Nach der bestandenen Prüfung fand die Freisprechung in einem festlichen Rahmen in Landsberg statt. Wir gratulieren ihr zu ihrem guten Abschluss. Unser Bild zeigt die Prüfungs-vorsitzende Elfriede Kreitmeir (links) zusammen mit Heike Kindermann bei der Überreichung der Urkunde.

